Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 50 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanzigs erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 99 — Freitag den 29. April 1921 — 47. Jahrg.

Hochspannung.

Die Augen der Welt sind nach wie vor auf Washington gerichtet. Alles hängt davon ab, ob die Regierung Hardings unsere deutschen Gegenvorschläge, wenn vielleicht auch mit einigen Veränderungen, empfehlend an die Häupter der Entente weitergibt. Das französische Unannehmbar braucht zunächst nicht zu überraschen. Nichts wäre allerdings verhängnisvoller, als wenn man im deutschen Volke auch jetzt noch den ungeheuren Ernst der Lage verkennen wollte. Die Verständigungsmöglichkeiten hängen an einem dünnen Faden, der gerade auch durch die Reichstagsdebatten bis zum Übermaß belastet worden ist. Immerhin: Mit dem französischen Unannehmbar mußte gerechnet werden. Wer Briands Lage gegenüber dem Bloc national kennt, der wird auch wissen, daß eine Verständigung gar nicht anders möglich sein wird, als daß man schließlich den vereinten Druck der Alliierten auf Frankreich wirksam werden läßt, und daß sich dann Herr Briand in die Brust wirft und ein Nachgeben im Interesse der Erhaltung der Einigkeit mit den Verbündeten fordert. Dabei ist noch nicht einmal gesagt, daß Frankreich nicht unter allen Umständen zu verschärften Sanktionen schreitet. Es hat seine militärischen Vorbereitungen getroffen. Die Reparationskommission hat 132 Milliarden Goldmark als Wiedergutmachungsschuld auf Grund des Artikels 233 des Friedensvertrags festgestellt. Hier handelt es sich um einen Gegenwartswert, und die neue Summe soll offenbar in einen öffentlichen Gegensatz zu den von Deutschland angebotenen 50 Milliarden Goldmark treten. In dieses ganze System gehört auch die Havas-Meldung, wonach der französische Ministerpräsident Briand den Washingtoner französischen Botschafter Jusserand angewiesen habe, dem Staatssekretär Hughes zu erklären, daß die Annahme der neuen deutschen Gegenvorschläge unmöglich sei. Inwieweit es sich hier um Theaterdonner handelt, müssen schon die nächsten Stunden lehren. Wir müssen uns nur über eins klar sein: entsteht bei Amerika, besonders aber bei England, auch nur der leiseste Verdacht, daß Deutschlands Wiedergutmachungswille bis zum äußersten nicht vorhanden ist, dann können die Verbündeten bei der Volksströmung in ihren Ländern nicht anders, als Frankreich gewähren zu lassen. Wie immer man auch die Chancen neuer Verhandlungen bewertet, an der letztmöglichen Leistungspflicht Deutschlands kommen wir nicht vorbei. Sie bleibt auch dann bestehen, wenn der Gegner durch neue Sanktionen wirtschaftliche Werte von unermeßlicher Höhe zerschlägt, die deutsche Volkswirtschaft lahmlegt und unsere Arbeitslosigkeit ins groteske steigert.

Inzwischen ist es von Wert, die Strömungen in England zu verfolgen. Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernoon, ist nach London gefahren, nachdem er vorher mit dem französischen Botschafter Laurent konferiert hat. Es ist sogar gemeldet worden, daß er vorher bei der deutschen Regierung nähere Erläuterungen eingeholt hat. Trifft diese Meldung zu, dann würde es sich um eine Art Rückfrage handeln, die beweisen würde, daß England nicht auf Briands Standpunkt der strikten Abweisung steht. Der Botschafter habe, so wird darüber noch berichtet, den Eindruck mit nach London genommen, daß die führenden deutschen Kreise geneigt sind, die deutschen Vorschläge erneut durchzuarbeiten, um eine Einigung mit den Alliierten zu ermöglichen. Die Situation verschärft sich aber andererseits wieder sehr zu Ungunsten von Deutschland, da auch Lloyd George am Donnerstag klipp und klar im englischen Unterhause die deutschen Gegenvorschläge offiziell für gänzlich unannehmbar erklärt hat. Beseitigt der englische Botschafter nicht noch in letzter Minute die Zweifel, dann allerdings muß Deutschland mit der entsetzlichen Situation rechnen, daß die Gegenvorschläge wieder nutzlos gewesen sind und das Inkrafttreten der Zwangssanktionen nicht aufzuhalten ist.

Die Reichstagsdebatte ist in den verhängnisvollen Fehler verfallen, die ganze Frage unter den Gesichtswinkel innerpolitischer Betrachtung zu stellen. Hier haben namentlich die sozialistischen Redner, aber auch Herr Helfferich gesündigt. Eine retrospektive Kritik kann jetzt lediglich schaden. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, kann man gewiß auch über die deutsche auswärtige Politik der letzten sechs Wochen allerlei sagen. Jetzt ist es in jedem Falle verfehlt. Die Meinung des Herrn Hermann Müller, daß der Außenminister bei der Absendung des Telegramms an Harding die Zustimmung der Parteiführer hätte einholen müssen, geht ebenso fehl, wie die Kritik nationalistischer Abgeordneter, daß dieses Telegramm der Gipfel nationaler Würdelosigkeit sei. Das parlamentarische System ist, wie die ganze Demokratie, von der Voraussetzung getragen, daß die Gleichberechtigung Persönlichkeiten erwachsen läßt. Demokratie und Führerproblem gehören zusammen. Bei der Beschaffenheit der Welt von heute ist es aber notwendig, daß solche Persönlichkeiten auch den Mut zur Verantwortung haben. Daß ihn Dr. Simons gehabt hat, soll man ihm nicht zum Vorwurf machen. Über die Form des Telegramms an Harding kann man gewiß verschiedener Meinung sein; aber die Anrufung eines Schiedsgerichts schließt die Zuschärfung, daß man sich ihm unterwerfen wird, einfach in sich. Sonst hätte der ganze Rechtsgedanke seinen Sinn verloren. Aber es ist wirklich müßig, diese Betrachtungen jetzt im Parlament und damit vor aller Welt vorzunehmen.

*

Auch England lehnt endgültig ab!

Lloyd Georges Erklärung vor dem Unterhause.

Aus Paris wird gemeldet: Im Unterhaus gab Lloyd George folgende Erklärung ab:

Ich bedauere unendlich, sagen zu müssen, daß die deutschen Vorschläge keinesfalls befriedigen. Ich hätte gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, zu sagen, daß diese die Lage geändert hätten. Sie werden in diesem Augenblick mit anderen Vorschlägen von den Finanzsachverständigen aller Alliierten sehr genau geprüft. Infolgedessen würde ich es sehr bedauern, eine Meinung aussprechen zu müssen. Aber ich fürchte sehr, daß Einstimmigkeit darüber herrscht, daß die von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge vollständig ungenügend sind.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte Lloyd George, daß vor weiterer Besetzung Deutschlands dem Unterhaus Gelegenheit gegeben sei, seine Ansicht in dieser Hinsicht auszusprechen. Er fügte hinzu, er glaube zu wissen, daß man Abmachungen trifft, damit die Erörterungen darüber im Unterhaus am nächsten Donnerstag stattfinden. Er füge hinzu, daß die Entscheidung des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag getroffen werden wird.

Lord Robert Cecil fragte: Sollen wir diese Erklärung so verstehen, daß das Land zu keiner Aktion verpflichtet sein wird, bevor die Debatte darüber stattfand?

Lloyd George antwortete: Wenn der Abgeordnete damit sagen will, daß die Vertreter der englischen Regierung für das Land nicht weitere Verpflichtungen eingehen können, als dies für notwendig erachtet werde, so kann ich diesen Standpunkt nicht einnehmen. Es wäre durchaus nutzlos, sich zu einer Konferenz unter solchen Bedingungen zu begeben. Deshalb habe ich in endgültiger Weise am letzten Montag erklärt, welches der Standpunkt der englischen Regierung sei, d. h., wenn die deutschen Angebote nicht befriedigen, so wären wir zu einer gemeinsamen Aktion verpflichtet, aber nur insoweit, als sich diese Aktion auf die Kohlengruben Westfalens bezieht, d. h. also, Lloyd George lehnt die Forderungen der französischen Regierung bezüglich der Besetzung von Hamburg und Bremen ab.

Mit dieser Erklärung Lloyd Georges, die in der Sache ebenso unverbindlich ist wie die Erklärung Briands, scheint das Schicksal der neuen deutschen Vorschläge entschieden zu sein. Das Rätselraten über die voraussichtliche Haltung Amerikas dürfte gegenstandslos geworden sein.

Die „Times" kündigt Amerikas ablehnende Antwort an.

Aus London wird gemeldet:

Die „Times" bezeichnen in einem Leitartikel den bevorstehenden Beschluß der amerikanischen Regierung, Deutschland mitzuteilen, daß das deutsche Angebot keine geeignete Grundlage für eine Erörterung bilde, als einen Todesstoß für die Hoffnungen, mit denen Deutschland seine letzte Karte ausgespielt habe. Es beweise von neuem, daß Deutschland sich bei der Beurteilung des amerikanischen Standpunktes geirrt habe. Man könnte verstehen, wenn Deutschland in seiner Enttäuschung erbittert und gedemütigt zu einer Politik der Verzweiflung übergeht. Es sei unwahrscheinlich, daß Deutschland eine so selbstmörderische Torheit begehen werde. Die Alliierten müßten jedoch vorbereitet sein, wenn sich dieser Fall unglücklicherweise ereignete. Das Blatt tritt dafür ein, daß die Alliierten Amerika bei der Ergreifung neuer Maßnahmen zur Erzwingung der Reparationen ebenso und in demselben Geiste behandelten, wie die Vereinigten Staaten die Alliierten behandelt hätten. Da Amerika die Vertreter der Alliierten um Rat gefragt habe, bevor es zu irgendeinem Beschluß gekommen sei, so müßten die alliierten Regierungen auch den Vereinigten Staaten die vollsten Informationen geben und vielleicht Amerika sogar formell konsultieren.

Die Auffassung in Berliner diplomatischen Kreisen wenig günstig.

Wie unsere Berliner Redaktion mitzuteilen weiß, herrscht in Berlinder diplomatischen Kreisen die Auffassung vor, daß die Aussichten einer amerikanischen Vermittelung in der Reparationsfrage wenig günstig seien. Es werde als unzweifelhaft angenommen, daß Präsident Harding und die amerikanische Regierung den lebhaften Wunsch haben, zur Beilegung des Konflikts und zur Verhinderung der Gewaltmaßnahmen beizutragen. Es scheine auch ziemlich sicher, daß in Washington die deutschen Vorschläge für eine mögliche Verhandlungsgrundlage gehalten werden, obgleich man in einigen Punkten gern eine klarere und bestimmtere Fassung gewünscht hätte, was zu Rückfragen in Berlin Veranlassung gegeben haben dürfte. Dagegen werde bezweifelt, daß die amerikanische

Immer noch ausstehende Entscheidung der Alliierten.

Auch heute noch keine Rückäußerung Amerikas.

Berlin, 29. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Über die Entwicklung der politischen Situation liegen an amtlicher Stelle keine neuen Nachrichten vor. Auch aus Washington ist immer noch keine Rückäußerung eingegangen. Im allgemeinen bezeichnet man die Lage als vollkommen eindeutig. Auch die englische Presse, die zunächst dem deutschen Angebot freundlich gegenüberstand, verhält sich jetzt nach der letzten Erklärung Lloyd Georges im englischen Unterhause völlig ablehnend. Unter diesem Eindruck ist auch die amerikanische Presse und Börse unsicher geworden. Trotzdem das deutsche Angebot derart elastisch und weitgehend in der Fassung gehalten war, um auf jeden Fall zu Verhandlungen zu kommen, wird es von der Gegenseite als für weitere Erörterungen ungeeignet bezeichnet. Das beweist, daß dort nicht der Wunsch, zu Verhandlungen zu kommen, vorherrschend ist, sondern der Wunsch, auf jeden Fall die Besetzung des Ruhrgebiets durchzuführen.

Noch keine Entscheidung über Verhandlung oder Ablehnung.

London, 29. April. (Priv.-Tel.) Da London weder von Washington noch von Berlin offiziell über die Vorschläge eine Mitteilung erhalten hat, erspart bisher keine offizielle Ablehnung. Der voreilige Schritt Frankreichs wird vielfach gemißbilligt. Die bisherigen Auskünfte D'Abernons sind anscheinend unbefriedigend, insbesondere bezüglich der Zeitdauer der Annuitäten. London erwarte eine wesentlich kürzere Dauer, weil man den deutschen Vorschlag sonst nicht als den Pariser Beschlüssen gleichwertig ansehe. Die offizielle Auffassung ist deshalb heute stark verschlechtert.

Stimmung für Verhandlungen in Amerika.

New York, 29. April. (Priv.-Tel.) Bernhard Baruch erklärt, die deutschen Vorschläge liefen auf Annullierung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus und seien deshalb zu verwerfen. Gerard und andere bekannte Persönlichkeiten traten für Verhandlungen ein.

Frankreich wünscht sich nicht von den Alliierten zu trennen.

Paris, 29. April. (Priv.-Tel.) In einer offiziellen Erklärung wird mitgeteilt, daß der französische Botschafter in Washington Jusserand der amerikanischen Regierung folgende Mitteilung gemacht hat: Da Frankreich keine offiziellen Mitteilungen über die deutschen Vorschläge von seiten Amerikas zugingen, hat dieses auch keinen Anlaß, sich offiziell darüber zu äußern. Übrigens bereite sich Frankreich vor, mit seinen Alliierten über die Frage zu beraten, und es wünsche in keiner Weise, sich von diesen zu trennen oder diesen irgendeine Haltung vorzuschreiben. Jusserand erklärte weiter, daß Deutschland offenbar die Beratungen von London zu beeinflussen und zu verhindern suche, daß die Alliierten zu einer Entscheidung kommen. Solange diese Periode des Feilschens nicht aufhöre und der Vertrag von Versailles nicht durchgeführt werde, habe Deutschland immer die Aussicht, sich zum größten Teil seinen finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Gleichzeitig hält sich die Regierung viel leichter an der Macht, weil sie keine endgültige Verantwortung zu übernehmen hat.

Lloyd George über die Irlandfrage.

London, 29. April. Im Unterhause kam es zu einer Debatte über Irland. Lloyd George führte u. a. aus: Wir haben durch das Home-Rule-Gesetz Irland im weitesten Maße Autonomie gegeben. Diese Autonomie wird nächste Woche in Kraft treten. Wenn irgend jemand in Irland etwas Besseres vorschlagen kann und wenn es tatsächlich die irische öffentliche Meinung vertritt, so wird die englische Regierung bereit sein, mit ihm zu verhandeln. Er kann jeden Vorschlag, den er für geeignet hält, machen und wir verantworten es, diesen Vorschlag anzunehmen und nicht zurückzuweisen immer im Hinblick darauf, daß wir für die Sicherheit Großbritanniens verantwortlich sind.

Fortdauer des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 29. April. (TU.) Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Vorschläge der Regierung abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen. Die meisten Delegierten haben London verlassen. Der Streik dauert an.

In England betrachtet man die Besetzung des Ruhrgebiets als bevorstehende Tatsache.

Berlin, 29. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Ansicht der politischen Kreise Englands war heute Nacht die, daß nur das Eintreffen eines wesentlich verbesserten deutschen Angebots die Situation retten könne. Die ergänzenden Aufklärungen, die aus Berlin gekommen sind, genügten nicht. Es ist festzustellen, daß die gestrigen Äußerungen des Ministerpräsidenten Lloyd George im englischen Unterhause bereits in Kenntnis des Berichtes erfolgten, den der britische Botschafter in Berlin nach seinem Besuche bei dem Außenminister Dr. Simons erstattet hat. Die Äußerungen Lloyd Georges machen es klar, daß der Oberste Rat in seiner Beratung am 2. und 3. Mai gemäß den Besetzungs- und Ausbeutungsplänen für das Ruhrgebiet, die von den Ententesachverständigen aufgestellt worden sind, ein neues Vorgehen gegen Deutschland beschließen wird. Der Zeitpunkt der Durchführung wird lediglich von der militärischen Bereitschaft Frankreichs abhängen.

Paris, 29. April. (TU.) Aus London wird dem Petit Parisien gemeldet: Wir erfahren definitiv, daß der Plan der Besetzung des Ruhrgebiets, der der englischen Regierung unterbreitet worden ist, von dieser ohne Modifikation angenommen wird.

London, 29. April. (TU.) Im Unterhaus bedauerten verschiedene Abgeordnete, daß England gezwungen werden soll, an der Erweiterung der militärischen Besetzung in Deutschland teilzunehmen, ohne daß im Unterhaus darüber beraten würde. Lloyd George erwiderte, daß das Haus am 5. Mai bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Auswärtigen Gelegenheit haben werde, sein Urteil abzugeben. Er bezweifle, daß die Beschlüsse des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag vorliegen würden. Schließlich antwortete er auf eine Anfrage, daß es nicht sicher sei, ob Deutschland dann auch noch Gelegenheit zu einer Rückäußerung haben werde.

Die Alliierten wollen jährlich bis 2 Milliarden Goldmark aus dem Ruhrgebiet erpressen.

Paris, 29. April. Havas meldet aus London: Der belgische Minister des Äußern Jasper hatte gestern mehrere Besprechungen mit Lloyd George, Loucheur, Theunis und Blackett setzten ihre Besprechungen fort. Bei diesen Beratungen hatten der Agence Havas zufolge sich die drei alliierten Vertreter mit allen finanziellen Problemen, die bei einer Besetzung des Ruhrgebietes in Frage kämen, befaßt. Die alliierten Vertreter hatten sich besonders mit dem eventuell zu erwartenden Ertrag bei einer Besetzung des Ruhrgebietes beschäftigt und seien zu dem Schluß gekommen, daß aus dem Ruhrgebiet eine Summe von 1½ bis 2 Milliarden Goldmark jährlich erwartet werden könne.

Der Mann ist da!

London, 29. April. Marschall Foffre ist gestern abend hier eingetroffen.

Wenn Frankreich marschiert — kann es England nicht hindern!

London, 29. April. Im Unterhaus wiederholte Chamberlain nochmals, daß am nächsten Donnerstag bei Beratung des Budgets des Auswärtigen die Frage einer neuen Aktion gegen Deutschland zur Erörterung kommen werde. Kennworthy sagte, während die Debatte erst am Donnerstag stattfinden solle, hatten die Franzosen bereits angekündigt, daß sie beabsichtigen, am Sonntag loszumarschieren. Churchill erwiderte, wenn die französische Regierung auf eigene Verantwortung hin vorgehen wollte, so würde dies durch eine Diskussion im Unterhause nicht verhindert werden.

Endlich Heimkehr ostpreußischer Verschleppter.

Berlin, 29. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Heute Nacht traf auf dem Anhalter Bahnhof von München kommend ein Zug mit 136 heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien ein. Unter ihnen befanden sich meist Leute, die seit sechs Jahren in russischer Kriegsgefangenenschaft waren und seinerzeit aus Ostpreußen verschleppt worden waren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0001

Regierung angesichts der ablehnenden Haltung der französischen und nun auch der englischen Regierung ihre dankenswerten Bemühungen werde zum Erfolg führen können.

Ministerrat in Paris.

Paris, 29. April. Die Minister tagten unter dem Vorsitz Millerands im Elysee. Briand unterrichtete seine Kollegen über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten und über die Bedingungen, unter denen er auf der Londoner Konferenz die Auffassung der französischen Regierung vertreten werde.

Der Sinn der deutschen Vorschläge zu undeutlich!

London, 29. April. „Daily Chronicle" meldet heute aus New-York, Staatssekretär Hughes habe heute der deutschen Regierung mitgeteilt, daß der Sinn ihrer neuen Vorschläge zu undeutlich sei, um in dieser gegenwärtigen Form an die Ententemächte mitgeteilt zu werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten wolle alle möglichen Zweifel über den Gesamtbetrag des angebotenen Schadenersatzes beseitigt sehen; ebenso jeden Zweifel bezüglich des Verrechnungsmodus.

Soweit uns bekannt ist, dürften gewisse Rückfragen in Berlin erfolgt sein. Ob in der vom „Daily Chronicle" gemeldeten Form, muß dahingestellt bleiben. D. Red.

Das zerstörte deutsche Kriegsmaterial.

Nach der in der Rede des Außenministers Dr. Simons gegebenen Zusammenstellung sind an Kriegsmaterial bis zum 1. April u. a. folgende Mengen von der Reichstreuhandgesellschaft zerstört worden: Geschütze und Rohre 49 320, Maschinengewehrläufe 193 894, Infanteriegewehrläufe 277 891, ungeladene Artilleriegeschosse und Minen 800 000 Tonnen, Maschinengewehre 87 000, Handschußwaffen (Gewehre, Karabiner, Pistolen) 4 767 792, geladene Artilleriegeschosse und Minen 28 Millionen, Scharfzünder 53 Millionen, Handwaffenmunition 345 Millionen, Pulver 18 7000 Tonnen. An Luftfahrtgeräten sind folgende Mengen abgeliefert worden: Motoren 27 434, Flugzeuge 13 987.

Die Französierung des deutschen Saargebietes

hat, wie aus Saarbrücken gemeldet wird, in den ersten drei Monaten dieses Jahres leider weitere Fortschritte gemacht. Etwa 600 französische Familien haben sich neu im Saargebiet niedergelassen. Ferner sind mehr als 25 Fabrikunternehmen teils in französische Hände übergegangen, teils sind Franzosen Aktionäre geworden. Die Saarregierung hat die Aufstellung von amtlichen Listen über solche Saarländer, die nach 13 Jahren abstimmungsberechtigt sind, verboten.

Oberschlesiens Teilung!

Frankreich, England und Belgien für die Korfanty-Linie.

Wie das „Echo de Paris" berichtet, werden die Vertreter von Frankreich, England und Belgien im Obersten Rat für die Annahme der sogenannten Korfanty-Linie in Oberschlesien eintreten.

Das Abstimmungsergebnis wird danach ausgeschaltet, ebenso die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Was kümmert die Entente Deutschlands Recht! Es ist furchtbar, wie weit es die Entente mit uns treibt.

Das Korridorabkommen.

In Paris ist vor wenigen Tagen von Vertretern Deutschlands, Polens und Danzigs das Korridorabkommen unterzeichnet worden, das den gesamten Durchgangsverkehr von Ostpreußen zum übrigen deutschen Reich und über Danzig regelt. Das Abkommen umfaßt nicht nur den Eisenbahnverkehr, sondern erstreckt sich auch auf Post, Telegraph, Fernsprecher, sowie auf den Automobil- und Schiffsverkehr. Es ist gelungen, für die Verbindung mit Ostpreußen mehrere Strecken zu erlangen, auf denen der Durchgangsverkehr erfolgen kann. Man darf annehmen, daß nach der Unterzeichnung dieses Abkommens nunmehr auch die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen rasch vor sich gehen werden.

---

26. ordentliche Vollversammlung der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Ökonomierat Wesche-Raunitz, eröffnete die Sitzung um 9½ Uhr vormittags im großen Saal des Kammergebäudes. Als Vertreter des Oberpräsidenten war Oberpräsidialrat Breyer-Magdeburg erschienen, außerdem sah man Landeshauptmann v. Wilmowski, Generallandschaftsdirektor v. Trotha u. a. m. Von 112 Mitgliedern der Kammer waren 109 anwesend, darunter 3 Frauen.

Im Namen des bisherigen Vorstandes gedachte Präsident Wesche zu Beginn der Versammlung in warmherzigen Worten der heimgegangenen Kaiserin, denen die Kammermitglieder stehend zuhörten. Kurz berührte er auch die Absichten des Feindbundes und die möglichen schlimmen Folgen für die Landwirtschaft.

Oberpräsidialrat Breyer-Magdeburg betonte, daß an der materiellen Verfassung der Landwirtschaftskammer nichts geändet wäre, sondern nur die Zusammensetzung, die auf demokratischer Grundlage erfolgte. Zu erhoffen wäre auch das Fallen der letzten Fessel der Zwangswirtschaft (lebhafter Beifall), und — eine weitere unbedingte Notwendigkeit — ein Erstarken der Staatsgewalt und eine völlige Sicherheit der Arbeit. (Beifall.)

Präsident Wesche verlas darauf die Namen der verstorbenen Mitglieder der Landwirtschaftskammer, zu deren Ehren sich die Versammlung erhob. Bestimmungsgemäß muß die Kammer auf je 10 ordentliche Mitglieder ein Mitglied zuwählen, das entgegen dem früheren Kammergesetz jetzt volles Stimmrecht hat. Vom Verband der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine wurden durch Zuruf drei Mitglieder gewählt, von den Gutsbeamten, Forstbeamten, Molkerei-Fachleuten, Beamten der Landwirtschaftskammer und dem Reichsbund akademisch-gebildeter Landwirte zusammen vier Mitglieder. Als um die Landwirtschaft besonders verdiente Persönlichkeiten wählte die Kammer die Herren Dr. Rabe, v. Trotha, von der Asseburg-Falkenstein und von der Schulenburg-Heßler.

Für die Neuwahl des Vorstandes der Landwirtschaftskammer lag ein Antrag der kleinbäuerlichen Besitzer vor, die je einen Sitz im Präsidium und im Vorstand beanspruchen. Durch Zuruf wurde Ökonomierat Wesche als Präsident, Rittergutsbesitzer Dippe-Plotha als 1. Vizepräsident wieder-, als 2. Vizepräsident Dr. v. Helldorf-Baumersroda neu gewählt. In den Vorstand gelangten aus dem Reg.-Bezirk Merseburg 4, Erfurt 3 und Magdeburg 4 Mitglieder und Stellvertreter.

Nach den einzelnen Vorschlägen wurden die neuen Mitglieder der 12 Fachausschüsse und der Rechnungskommission durch Zuruf gewählt.

In den deutschen Landwirtschaftsrat wurden die ordentlichen Mitglieder Ökonomierat Wesche-Raunitz und Amtsrat Braun-Winningen und als Stellvertreter Dr. Rabe, Landesökonomierat, Halle, und Rittergutsbesitzer Dippe-Plotha wiedergewählt. Die Kommission zur Prüfung des Rechnungsabschlusses für 1919 erstattete den Bericht, worauf die Entlastung erteilt wurde.

Aus dem Jahresbericht für 1919 ist folgendes zu entnehmen: Im Regierungsbezirk Magdeburg waren 19 994 Mitglieder in 147 Vereinen vorhanden, im Regierungsbezirk Merseburg 18 182 Mitglieder in 224 Vereinen und im Regierungsbezirk Erfurt 6866 Mitglieder in 85 Vereinen. Ein großer Teil der Landwirte steht den landwirtschaftlichen Vereinen noch fern. Der Verband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine zählt in 17 Vereinen rund 2500 Mitglieder. Der Rechnungsabschluß für 1919 weist folgende Ziffern auf: Einnahmen 8 796 975,39 ℳ, Ausgaben 8 460 824,77 ℳ, mithin Mehreinnahme 336 150,62 ℳ. Zurückgestellt werden 1 062 737,40 ℳ, mithin ist ein Fehlbetrag von 726 586,78 ℳ vorhanden. Der Vermögensbestand der Kammer betrug 6 526 384,74 ℳ. Der Jahresbericht sowie der Rechnungsabschluß wurde angenommen. Der Etat für 1921, der in Einnahme und Ausgabe mit 11 687 323 ℳ abschließt, wurde ebenfalls angenommen. An den Bericht schloß sich eine Aussprache, in welcher u. a. auch über die Maislieferungen gesprochen wurde. Die Befürchtungen, die von einzelnen Rednern über schlechte Belieferungen von Mais laut wurden, wurde aber von maßgebender Seite entkräftet. Beim Kapitel Winterschulen beschloß die Versammlung, daß die über die Provinzialbeihilfen hinaus für die landwirtschaftlichen Winterschulen benötigten Unterhaltungszuschüsse aus Mitteln der Landwirtschaftskammer bestritten werden und daß die Kosten für die Ruhegehälter der Winterschul-Direktoren von jetzt ab auf die Ruhegehaltskasse der Landwirtschaftskammer übernommen werden. Hier wurde ein Austausch der Landwirtssöhne und -Töchter, auch der kleinbäuerlichen warm empfohlen. Dieser würde der Landwirtschaft sowohl wie jedem einzelnen Landwirt zum Segen gereichen.

Die von der Landwirtschaft der Provinz im Interesse der Sicherung des Lebens, des Eigentums und der Erhaltung der Produktionsfähigkeit zu stellendenForderungen wurden in folgendem Antrag angenommen:

„Die 26. ordentliche Vollversammlung der Landwirtschaftskammer wolle beschließen, daß auf Grund der Ausführungen des Herrn Oberamtmann Meyer zu Friedeburg und des vorliegenden Materials unverzüglich eine Denkschrift ausgearbeitet wird, die unter Erneuerung der bisherigen Anträge den zuständigen Ministerien unterbreitet werden soll, damit noch vor der neuen Ernte wirksame Schutzmaßnahmen für Leben und Eigentum der Landbevölkerung getroffen werden können. Sie fordert Verstärkung der Schupo, Einrichtung von fliegenden Schupokolonnen, Verstärkung der Landjäger, Amtsentsetzung der kommunistischen Amts- und Gemeindevorsteher, Verstärkung der Strafbestimmungen des Dynamitgesetzes, Verstärkung der Gesetze über Felddiebstähle, Erkennung auf Todesstrafe bei Totschlag in schweren Fällen, Erteilung der Erlaubnis des Waffentragens aller Landwirte, Verbot des Betretens der Fluren bei Dunkelheit, Aussetzung von Belohnungen bei Ergreifen von Felddieben."

Hierzu wurde folgender Zusatzantrag des Frhrn. v. Wilmowski (Mariental) angenommen: „Alle Warnungen über die bestehende Unsicherheit auf dem Lande und über den bevorstehenden Aufstand hat die Regierung, insbesondere die Spitze der Provinzial-Verwaltung teils für unwahr, teils für übertrieben erklärt. Die anfänglichen Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes waren völlig unzulänglich. Die Volksernährung hat durch dieses Verhalten schwer gelitten. Das Vertrauen der Landbevölkerung zur Spitze der Provinzialverwaltung ist endgültig geschwunden. Von der neuen Regierung erhofft die 26. ordentliche Vollversammlung der Landwirtschaftskammer sofortige und durchgreifende Schutzmaßnahmen im Sinne der von der Kammer ausgearbeiteten Denkschrift.

Zum Haushaltsplan wurde von der Vollversammlung folgende Entschließung an den Landwirtschaftsminister gesandt und gebeten, 385 000 ℳ über die im Haushaltsplan eingestellten Staatsbeihilfen zu bewilligen. — Hierauf schloß der Präsident Wesche die Versammlung mit Dankesworten für die geleistete Arbeit der Mitglieder und der Ausschüsse.

Merseburg und Umgegend.

29. April.

** **50-jähriges Bürgerjubiläum.** Am gestrigen Tage konnte der Tischlermeister Oskar Hädicke hier, Sixtiberg Nr. 2, sein 50-jähriges Bürgerjubiläum begehen, wozu ihm viele Glückwünsche dargebracht wurden. Auch der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben dem Jubilar ihre Glückwünsche in folgendem Schreiben ausgesprochen: „Mit Gottes Hilfe ist es Ihnen vergönnt, heute das seltene Fest des 50-jährigen Bürgerjubiläums zu begehen. Die städtischen Körperschaften bringen Ihnen aus diesem Anlaß die herzlichsten Glückwünsche dar. Möge Sie die Vorsehung noch recht lange erhalten. Dem Jubilar wünschen auch wir eine noch lange Zugehörigkeit zu Bürgerschaft unserer Stadt!

** **Vom Finanzamt Merseburg.** Zu Obersteuersekretären beim Finanzamt Merseburg wurden ernannt die ehem. Zahlmeister Hartung und Rüdiger vom 1. April d. J. an. — Laut Anzeige in dieser Zeitung sind noch ausstehende Rechnungen für Lieferungen an das Finanzamt sofort einzureichen. — Die Finanzkasse wird laut Bekanntmachung in dieser Zeitung mit Geltung vom 2. Mai d. J. ab an die neu zu errichtende Reichsbanknebenstelle in Merseburg angeschlossen.

** **Die Kastanien blühen.** Infolge der günstigen Witterung in diesen Tagen ist die Kastanienblüte ziemlich vorgeschritten und eine allgemeine geworden. Man merkt es aber sehr deutlich, wie schwer die Frostnächte vor vierzehn Tagen die Kastanienblüte geschädigt haben, denn sie bleibt bei weitem hinter der Pracht des Vorjahres. Aber auch dieses Zeichen des Frühlings wird von den Menschen recht froh begrüßt.

** **Die erhöhte Gebührenordnung des städtischen Krankenhauses,** wie sie in der letzten Stadtverordnetensitzung beschlossen worden ist, wird in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung vom Magistrat vollständig veröffentlicht und weisen wir besonders darauf hin. Sie gilt vom 1. Mai 1921 ab.

** **Städtische Sparkasse.** Laut Bekanntmachung in der heutigen Zeitung sind die Rechnungsbücher der Scheckabteilung der städtischen Sparkasse zwecks Zwischenabschlußeintragung sofort bei der Kasse einzureichen.

** **Eine Erhöhung der Gebühren in der Universitätsklinik in Halle** wird durch Bekanntmachung des Magistrats in der heutigen Zeitung bekanntgegeben, deren Beachtung wir empfehlen.

** **Einkochzucker.** Die diesjährige Ausgabe von Einkochzucker besteht nicht aus klarem Zucker, sondern aus Broten, Platten und Kandis. Die Kleinhändler haben den Zucker in dieser Form von den Lieferanten abzunehmen und auf die Einkochzuckermarken zu verteilen.

** **Rentenzahlung durch die Post.** Allen Empfängern einer Unfallrente (Verletzten- oder Hinterbliebenenrente), die auf Grund der von Berufsgenossenschaften oder Ausführungsbehörden erteilten Anweisungen über Zulagezahlungen eine Zulage erhalten, werden die für das Kalenderjahr 1921 zu zahlenden Zulagen in doppelter Höhe ausgezahlt. Bei der Rentenzahlung am 2. Mai hat der Empfänger zwei Zulagequittungen vorzulegen. Die in Frage kommenden Personen werden von der hiesigen Postanstalt besonders benachrichtigt.

** **Warnung vor Zuzug zum Mittellandkanalbau.** Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt teilt mit, daß in seinem Bereiche vorläufig keinerlei Bedarf an Arbeitskräften für den Bau des Mittellandkanales herrscht, da über dessen Inangriffnahme noch verhandelt wird. Es erübrigen sich daher alle Anfragen; insbesondere aber muß vor einem Zuzuge in das künftige Baugebiet in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden, nachdrücklich gewarnt werden; solche Versuche können vorläufig nur als aussichtslos bezeichnet werden.

** **Strafe gegen Beraubung der Natur.** Das Abbrechen von Blütenzweigen an den Sträuchern und Bäumen, die jetzt und in der kommenden Zeit wieder mit ihrem Grünen und Blühen die Augen und Herzen des Menschen erfreuen, ist die schier unausrottbare zwecklose Angewohnheit vieler kleinen und großen Menschen. Zwecklos, weil wir in den allermeisten Fällen die Blumensträuße, Zweige, Blüten und Blumen später achtlos im Straßenstaub liegen sehen. Es sei erneut darauf hingewiesen, daß dies straffällig ist. Denn das Feld- und Forstpolizeigesetz sieht in den §§ 18, 24 und 30 hierfür Geldstrafe bis zu 150 ℳ vor; bei erschwerenden Umständen kann nach § 304 des Reichsstrafgesetzbuches sogar auf Gefängnis bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bis zu 1500 ℳ erkannt werden. Neben der Gefängnisstrafe kann auch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verhängt werden. Dies sollte doch erzieherisch wirken, wenn nicht ein jeder in seinem Herzen die nachstehenden Worte von Jean Paul Richter in seinem tiefempfundenen Gedicht „Im Frühling" besinnen und befolgen will:

Ich sage euch: s'ist Alles heilig jetzt
Und wer im Blühen einen Baum verletzt,
Der schneidet ein, wie in ein Mutterherz!
Und wer sich eine Blume pflückt zum Scherz
Und sie dann von sich schleudert sorgenlos,
Der reißt ein Kind von seiner Mutter Schoß!
Und wer dem Vogel jetzt die Freiheit raubt
Und sündiget an eines Sängers Haupt,
Und wer im Frühling bitter ist und hart,
Vergeht sich wieder Gott, der sichtbar ward!

Es bedarf keiner weiteren Worte hiernach, um in allen Menschen die Liebe zur Mutter Natur wachzurufen, auf daß sie von selbst ihren Schutz üben. Gehet hin und befolget sie!

** **Postverkehr mit dem Ausland.** Von jetzt an werden auf Gefahr des Absenders eingeschriebene Briefsendungen jeder Art nach Sowjet-Rußland, der Ukraine, der Republik Aserbeidschan und der Republik des fernen Ostens sowie auch wieder nach den russischen Hafenorten des Schwarzen und des Asowschen Meeres zur Postbeförderung angenommen. — Von jetzt an können auch Postpakete mit einer Wertangabe bis 1000 Franken nach der Argentinischen Republik über die Niederlande (Amsterdam) mit niederländischen Schiffen versandt werden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten. — Der Postverkehr nach Bulgarien über Hamburg hat vorläufig eingestellt werden müssen, weil die Schiffe der deutschen Levante-Linie bis auf weiteres nicht nach dem Schwarzen Meer fahren dürfen.

** **Doppelbesteuerung.** Man schreibt uns: Die Hausbesitzer als Vermieter haben alljährlich im Januar die von ihnen abgeschlossenen Mietverträge, auch solche über möblierte Zimmer, in ein Mietverzeichnis einzutragen, zu welchem das Zollamt den erforderlichen Stempel verwendet. Sie haben ferner nach dem Umsatzsteuergesetz die von ihnen über möblierte Zimmer oder „eingerichtete Räume", wie sie im Gesetz bezeichnet werden, abgeschlossenen Mietverträge dem Umsatzsteueramt anzumelden und 1½ Prozent Stempel zu entrichten. Sie werden also für denselben Vertrag zweimal zur Steuer herangezogen, gewiß eine

---

Erziehungs- und Bildungswesen.

Hänisch über die Durchführung des Grundschulgesetzes.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Der Minister Hänisch hat einen neuen Erlaß zur beschleunigten Durchführung des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920 ergehen lassen. Danach wird der Abbau der Vorschulen von Ostern 1921 an regelmäßig und ohne Unterbrechung erfolgen, so daß mit dem Beginn des Schuljahres 1924 die öffentlichen Vorschulen in Preußen völlig verschwunden sein werden. Für den Abbau der Unterklassen an den Privatschulen gelten grundsätzlich die gleichen Bestimmungen. Doch kann beim Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse und wenn dadurch wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Inhaber dieser Schulen oder deren Lehrkräfte entstehen, der Abbau nach dem Wortlaut des Gesetzes bis spätestens zum Beginn des Schuljahres 1929 hinausgeschoben werden. Die Schulaufsichtsbehörden sind jedoch ausdrücklich angewiesen, Jahr um Jahr die Verhältnisse zu prüfen, ehe sie die Fortführung dieser Klassen genehmigen.

*

Aufbauschule und deutsche Oberschule.

Von einem akademisch gebildeten Lehrer wird uns geschrieben:

Im Reichsministerium des Innern hat kürzlich eine Konferenz von Sachverständigen stattgefunden, die sich mit den Richtlinien über die Aufbauschule und deutsche Oberschule beschäftigte, die vom Reichsschulausschuß aufgestellt worden sind. Diese hat zu einer wesentlichen Klärung geführt. Die Aufbauschule, die als Sammelschule für die begabten Volksschüler des flachen Landes gelten soll, soll in einem 6jährigen Kursus zur Hochschulreife führen. Die Verkürzung auf 5 Jahre, wie sie in Hamburg vorgenommen worden ist, wird abgelehnt. Falls Lehrerseminare in solche Schulen umgewandelt werden sollten, so wird vorausgesetzt, daß nicht etwa das gesamte Lehrerkollegium an der Schule bleibt, da sonst die Gleichwertigkeit mit den übrigen Schularten zweifelhaft würde. Die Seminarlehrer sollen überhaupt an diesen neuen Schulen nur in dem gleichen Umfange beschäftigt werden, als sie nach den geltenden Bestimmungen auch jetzt bereits an solchen tätig sein dürfen. Unter dem Eindruck der Ausführungen der Vertreter der Hochschulen entschloß man sich, für die neue deutsche Oberschule die obligatorische Einführung von zwei Fremdsprachen zu fordern, von denen die eine auf die bisher übliche Weise von Sexta an betrieben werden soll, die andere aber nur in den letzten 4 Schuljahren unterrichtet wird und sich als Hauptzweck das Verständnis moderner Texte setzt. Damit ist eine Abänderung des ursprünglichen Planes erreicht, die geeignet sein dürfte, die Bedenken der Fachkreise gegen die Wissenschaftlichkeit der neuen Schulgattung zu mildern, ohne den Anhängern derselben ihr neues Bildungsideal, die Erziehung hauptsächlich auf der deutschen Kultur aufzubauen, unmöglich zu machen.

*

Lehrerseminar und Lehrerbildung.

Man schreibt uns: Martin Havenstein schreibt in seinem freimütigen und gedankenreichen Buche „Vornehmheit und Tüchtigkeit" im Anschluß an eine Kritik der Ausbildung der Oberlehrer an den Universitäten:

„Man fragt, wie eine . . . persönliche und unterrichtstechnische Ausbildung und Erprobung praktisch durchgeführt werden könne. Nun, ich meine, wir haben dafür ein gutes Vorbild in den — ich bitte die Herren Akademiker, ruhig zu bleiben und das Buch nicht an die Wand zu werfen — Lehrerseminaren. Hier wird der junge Mensch, der ja meist jünger ist als unsere Studenten, in eine heilsame Zucht genommen, die sich nicht blos auf die Arbeit erstreckt. Hier erfährt er in einem steten Zusammenleben die persönliche Einwirkung seiner Erzieher. Hier wird ihm durch die Einrichtung der sogenannten Übungsschule auch Gelegenheit gegeben, sich im Unterrichten zu üben und sein Lehr- und Erziehungstalent zu erproben. Mißlingen seine Versuche so gänzlich und andauernd, daß man seine Untauglichkeit zum Lehrerberufe daraus klar ersehen kann, so ist es für ihn nicht zu spät, einen andern Beruf zu ergreifen. Ich will die Frage nicht beantworten, ob unsere Elementarschullehrer auf Grund dieser zweckmäßigeren Vorbildung den Oberlehrern als Lehrer und Erzieher im allgemeinen nicht auch überlegen sind. Aber daß diese Vorbereitung auf den Beruf als solche der der Oberlehrer tatsächlich vorzuziehen ist, das scheint mir nach allem, was oben gesagt wurde, zweifellos, und es wäre sehr zu wünschen, daß zur Ausbildung und Erprobung der künftigen Oberlehrer Einrichtungen geschaffen würden, die diesem Vorbilde entsprächen."

*

Rasse, Volk, Nation.

Die Begriffe Rasse, Volk, Nation werden oft gehandhabt, ohne daß sich die, die damit schlagwortartig operieren, über die Unterschiede, die diese Begriffe enthalten, recht klar sind. Die Verquickung politischer und historischer Probleme macht sich in der Unsicherheit dieser Begriffe bemerkbar. Deshalb verfolgt man gern Untersuchungen, die in diese Begriffe Klarheit zu bringen versuchen. Solch ein Werk ist das Buch, „Norm und Entartung des Menschen" von Kurt Hildebrandt, das im Sibillen-Verlag, Dresden, erschienen ist und in dem gute Klärungsarbeit geleistet wird.

Die Züchtung einer neuen, im praktischen Sinne reinen „Mischrasse" ist keineswegs eine vage Möglichkeit, vielmehr allem Anschein nach eine höchst bedeutungsvolle historische Tatsache. Vermischen sich zwei Stämme, um einen Staat zu bilden, der späteren Einwanderern und ihren Bastarden das Bürgerrecht versagt, so nähert sich das ursprüngliche „Rassengemisch" immer mehr der reinen „Mischrasse", denn neue Erbeinheiten können nicht eindringen, die vorhandenen können aber teilweise ausgemerzt werden.

Das notwendige Mittel, ein Rassengemisch in eine reine Mischrasse überzuführen, ist also die strenge Isolierung. Die Reinigung wird umso mehr möglich sein, je weniger Stammrassen (am besten wohl nur zwei an der Mischung teilhaben. Günstig wirken starke Ausmerze, d. h. äußere Bedingungen, welche einen Teil der Erbeinheiten ausschalten. Die Isolierung kann geschehen durch insulare Lage, durch Rassenhaß, durch Sitte und Gesetz (Heiratsverbot). So entstehen neue Rassen gleichsam aus einer „Rassenehe". Es will in der Geschichte wenig besagen, ob diese Eheschließung friedlich oder durch Krieg geschieht. Das wesentliche sind immer die legitimen Eheschließungen im Innern, die Isolierung nach außen. Die sich fortpflanzende, das Völkerleben tragende Keimsustanz verästelt sich also nicht wie ein Baum, sondern sie fließt wie ein Geflecht von Strömen, die wechselnd sich verästen und zu neuen Mischungen zusammenfließen.

Bei einem „Volk" setzen wir Reinheit oder Einheit nicht voraus. Zum Volk gehört eine Lebensgemeinschaft, die nicht durch die Verwandtschaft des Keimplasmas, sondern durch Gemeinschaftsleben bedingt wird. Wichtig ist vor allem die gemeinsame Sprache, Religion und anderer gemeinsamer geistiger Besitz, auch die staatliche Einheit. Starke Rassengegensätze können wohl der Gemeinsamkeit des Erlebens entgegenwirken, geringere Rassengegensätze werden aber leicht überwunden, zumal die Kenntnis der Abstammung eine äußerst ungewisse ist.

Erwacht nun dies gemeinschaftliche Leben zu heller Bewußtheit des Zusammengehörens und der Begrenzung gegen andere Völker, so bezeichnet dies „Nationalbewußtsein" die Geburt einer Nation.

Wie aber verhält sich „Nation" zum „Staat"? Man wird nicht verkennen, daß der Begriff Nation schwierig zu umgrenzen ist. Das ist eher ein Vorzug als ein Mangel, weil er nichts Gewordenes, sondern etwas Werdendes, fast könnte man sagen, ein Werden selbst bezeichnet. Ein Staat kann getrennte Nationen umfassen, er kann aber auch ihre Grenzen niederreißen und so eine neue Nation bilden. Umgekehrt kann zwischen den in viele Staaten zerrissenen Gliedern eines Volkes ein Nationalbewußtsein erwachen, welches dann naturgemäß auf die Bildung eines gemeinsamen Staates drängt. Nation und Staat stehen also in Wechselbeziehung. Meinecke unterscheidet danach „Staatsnation" und „Kulturnation". Im Gegeneinanderwirken und Zusammenwirken des Begriffes und Bewußtseins der deutschen Nation und der preußischen Nation, die Bismarck durch ein Kompromiß vereinigte und die jetzt vielleicht der wirklichen Verschmelzung entgegengehen, haben wir ein Beispiel für die Vieldeutigkeit dieser Verhältnisse.

Gerade in Bezug auf Rassenbildung scheint dem Begriff Nation eine bedeutende Tendenz halbbewußt innezuwohnen. Durch die staatliche Einung der Nation wird das Gemeinschaftsleben des Volkes außerordentlich verstärkt; die Erinnerung wird gepflegt und erhöht, neue Leistung gemeinsam erlebt, innere Schranken niedergerissen. Offenbar tendiert hierdurch die Nation zur Heiratsgemeinschaft, d. h. zur Vermischung der zugehörigen Stammrassen, zur Abschließung nach außen. Selbst wenn der Staat diese nicht gesetzlich begünstigt, wird sie eben durch das Nationalbewußtsein gefördert.

Diese Tendenz, aus der Volkseinheit die Rasseneinheit, die reine Mischrasse zu erzeugen, ist der lebendige Kern der Idee „Nation"; ihr steht heute der gewaltige Umfang der Nationen, die zu große Zahl **der aufgenommenen Stammrassen entgegen.** D. Z.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0002

Härte, die der Gesetzgeber wohl kaum beabsichtigt hat. Ein Ausweg wäre folgender: Man trägt in das für das Zollamt bestimmte Mietsverzeichnis nur den Entgelt für das leere Zimmer ein und in die für das Finanzamt bestimmte Umsatzsteuererklärung nur den Entgelt für das mitvermietete Mobiliar. Diese Verteilung wäre sehr wohl zu rechtfertigen, falls sie gerügt würde, und man entgeht der Doppelbesteuerung. Merkwürdig ist überhaupt, daß die Vermietung eingerichteter Räume der Umsatzsteuer unterliegt. Was wird denn da eigentlich umgesetzt? Das ist das Geheimnis des Gesetzgebers.

** **Die Umsatzsteuerpflicht des Kommissionärs.** Beim Kommissionsgeschäft unterscheidet man drei Personen. Der Kommissionär kauft oder verkauft für Rechnung des Kommittenten von einem oder an einen Dritten Waren oder Wertpapiere. Bei der Einkaufskommission sind umsatzsteuerpflichtig die Lieferung des Dritten an den Kommissionär und die Lieferung des Kommissionärs an den Kommittenten, bei der Verkaufskommission die Lieferung des Kommittenten an den Kommissionär und die Lieferung des Kommissionärs an den Dritten. Nach einer neuen Entscheidung des Reichsfinanzhofes unterliegt die Provision des Kommissionärs nicht der Umsatzsteuer, weil er hinsichtlich der Provision nicht anders behandelt werden kann als der Eigenhändler.

** **Preisauszeichnung im Schaufenster.** Das Kammergerichtsurteil vom 7. Juni 1920 hat die in vielen Städten erlassenen Verordnungen über Preisauszeichnung der Waren im einzelnen als rechtsungültig erwiesen. Der Reichswirtschaftsminister verharrt jedoch auf dem Standpunkt der alten Verordnungen. Obschon die Durchführung der offenen Preisausschreibung vielen Gewerbetreibenden garnicht möglich ist, werden fortgesetzt Strafen gegen die Händler verhängt, die gegen die Verordnung verstoßen. Die Kommunalverbände gehen bei ihren Erlassen von Verordnungen über die Preisausschreibung jeder einzelnen Ware von einer falschen Auffassung der Bestimmungen aus. Es erweist sich der Schluß als zwingend, daß „alle später erlassenen Verordnungen, welche über die entsprechende Anwendung des § 73 der Gewerbeordnung hinausgehen, ungültig sind.“

** **Ausbildungslehrgang für Desinfektoren.** In der Zeit vom 17. bis 26. Oktober d. Js. soll voraussichtlich im hygienischen Institut der Universität Halle ein Ausbildungslehrgang für Desinfektoren abgehalten werden. Bewerber für die Teilnahme an diesem Kursus müssen sich baldmöglichst mit einem Antrag an die zuständige Ortspolizeibehörde (Polizeiverwaltung, Amtsvorsteher) wenden und als Anlagen dem Antrag beifügen: 1. ein kreisärztliches Fähigkeitszeugnis, 2. ein polizeiliches Führungszeugnis, 3. eine Geburtsurkunde. Die Ortspolizeibehörde leitet die Anträge an das Kreiswohlfahrtsamt weiter. Für bereits ausgebildete Desinfektoren findet im Anschluß an vorgenannten Lehrgang (27. bis 29. Oktober d. Js.) ein Wiederholungskursus statt. Anträge auf Zulassung zu diesem sind ebenfalls an die Ortspolizeibehörden zu richten, und ist dabei anzugeben, wann und wo die Teilnahme am Ausbildungslehrgang erfolgte und die Desinfektorenprüfung bestanden wurde.

** **Der Aushang eines Merseburger Stadtplanes** ist noch keine Tatsache — aber er wäre sehr erwünscht. In der letzten Zeit sind an verschiedenen Stellen große Reklametafeln mit den Empfehlungen hiesiger Geschäfte angebracht worden, die das Publikum überzeugen, daß es hier am Orte ebenso preiswert, gut und bei großer Auswahl seine Einkäufe besorgen kann. — Neben dem Anbringen dieser Tafeln wäre das Aufstellen eines „Merseburger Stadtplanes“, wie es früher an der Post der Fall war, doch sehr dringende Notwendigkeit. Leider gab es ja auch da böse Bubenhände, die es nicht dulden konnten, daß die Glasscheibe unversehrt blieb. Aber trotzdem sollte man doch heute nicht davor zurückschrecken, wieder einen Stadtplan anzubringen. In der jetzigen Zeit des Aufblühens unserer Heimatstadt würde es sicher von allen Seiten recht begrüßt werden, wenn Fremden dadurch Gelegenheit gegeben würde, sich auf diese Weise im lieben Merseburg leicht zu orientieren.

** **Scharfe Kontrolle nach Radfahrkarten.** Heute früh wurde auf der Landstraße Merseburg—Schafstädt — am Chausseehaus bei Knapendorf — eine strenge Kontrolle der Radfahrer durch die Gendarmerie ausgeübt. Es wurden dabei eine Menge Leute angehalten, die nicht im Besitz von Radfahrkarten waren. Nachdem ihre Personalien festgestellt waren, konnten sie ihre Fahrt fortsetzen. — Eine solche Kontrolle wäre mal allgemein eine ganze Zeit über zu empfehlen.

** **Merseburger Stiftung.** Im Amtsblatt der Stadt Merseburg macht der Magistrat bekannt, daß die Zinsen der Kaufmann Kriegnerschen Stiftung im Betrage von 150 M zu vergeben sind für fünf Merseburger Kaufmannslehrlinge als Beihilfe zu ihrer weiteren Ausbildung. Es wird interessieren, über die Person des Stifters, der im Laufe der Zeiten durch seine Güte so manchen Merseburger Kaufmannslehrling gefördert hat, etwas zu hören. Kaufmann Joseph Kriegner starb als Privatmann am 28. Januar 1863 in Merseburg und hat zu obigem Zweck der Stadt Merseburg eine Stiftung von 5000 M hinterlassen. Er wohnte Dom 221; das ist das jetzt dem Kaufmann Richard Selmar gehörige Haus Burgstraße 22. Es ist die weiland curia camerarii, d. h. das Domkämmererhaus, als welches es zuerst in einer Urkunde vom 1. Juni 1430 bezeichnet ist und dann wieder 1535. Später hat der Domkämmerer anderwärts gewohnt, zusammen mit dem Domsyndikus in der weiland curia praepositurae St. Sixti, die 1786 curia syndici et camerarii wurde. Sie lag an der Nordseite des jetzigen Domschulhofes, der im Volksmund der „Lange Hof“ heißt. Mancher wird sich wundern, daß das Kaufmann Selmarsche Haus in der Burgstraße eine Domkurie ist. Kenner der Merseburgischen Geschichte aber wissen sehr wohl, daß die drei Häuser Burgstraße 20, 22 und 24 zur Domfreiheit gehören. Diese Grundstücke waren einst Pfarrhaus St. Maximi, Domkämmerei und Dombäckerei, jetzt Zimmermann, Selmar und Stürzebecher gehörig. Die drei Grundstücke gehörten zu den Dompropsteiortschaften. Die Gerichtsbarkeit über diese drei Häuser kam am 26. Juli 1535 vom Dompropst an das Domkapitel. Hier also Burgstraße 22 hat der Erblasser der Kriegner-Stiftung gewohnt. Das Haus hat damals oft den Eigentümer gewechselt und der Eigentümer pflegte nicht darin zu wohnen. Laut Adreßbuch gehörte es 1860 dem Kaufmann Klingebeil und darin sind Privatier Kriegner und Witwe Wolf, 1862 gehört es der Witwe Wolf und darin ist Privatier Kriegner und Kaufmann Kühn. Dann gehörte das Haus dem Kaufmann Schultze, der auch nicht dort wohnt; im Laden ist 1866 Kaufmann Pille und 1868 Kaufmann Schulze, der zum Unterschied von anderen Schulzens „Dom-Schulzens“ hieß; 1870 ist im Laden Kaufmann Alberts. 1874 gehört das Haus der Witwe Götze, die auch nicht dort wohnt, und im Laden ist Kaufmann Trinkaus. Schw.

** **Eine öffentliche Gastwirte-Versammlung** fand gestern nachmittag 3 Uhr in „Müllers Hotel“ statt. Sie war einberufen vom „Gastwirte- und Saalebesitzerverein“ und hatte einen sehr schwachen Besuch aufzuweisen. Um ¼4 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Hotelbesitzer Hotzler, die Versammlung und erteilte sogleich Steuersekretär a. D. Stöbe das Wort zu seinen Ausführungen über die Ausfüllung des Steuerformulars. Der Vortrag war hauptsächlich für Gastwirte berechnet und das wichtigste davon war folgendes: Gewerbliche Räume dürfen nicht beim Mietwert der eigenen Wohnung mit angerechnet werden. Beim Mietwert der Wohnung empfiehlt es sich, den Friedenswert mit 25 bis 30 Prozent Aufschlag anzunehmen. Die Prozentsätze für Abnutzung der Grundstücke, die vor dem Kriege ¼—½ Prozent betrugen, müssen selbstverständlich erhöht werden. In anderen Städten wie z. B. in Halle ist das schon geschehen. Dementsprechend kann man auch hier 2 Prozent des Feuerkassenwertes vom Jahre 1914 abziehen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß bei Abzug von Kosten für Reparaturen nicht von Umbau oder Instandsetzung, sondern nur von Instandhaltung gesprochen werden darf. Beim Gewerbebetrieb kann nur empfohlen werden, ordentlich Buch zu führen. Ist nämlich eine Buchführung oder wenigstens eine laufende Aufzeichnung der Einnahmen nicht vorhanden, so tritt Schätzung ein, bei der zwar eine Beschwerde beim Landesfinanzamt Magdeburg, nicht aber die Einschlagung des Rechtsweges möglich ist. Daher liegt es im Interesse eines jeden, möglichst der Vorschrift zu genügen. Amortisationsbeträge sind nicht abzugsfähig. Verkaufte Kriegsanleihen müssen natürlich als Bruttoeinnahme gerechnet werden. Lebensversicherungs- und andere Beiträge sind abzugsfähig. Wenn jemand ein Einkommen bis zu 30 000 M hat, dürfen Schulgeld oder Kosten für das Studium abgezogen werden. Die sehr eingehenden und anschaulichen Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Um ½6 Uhr schloß Herr Hotzler die Versammlung.

** **Die Orchestervereinigung Merseburg** veranstaltet, wie schon am Mittwoch im Anzeigenteil bekanntgegeben, am nächsten Dienstag abend ½8 Uhr im „Schloßgartensalon“ ihr drittes Konzert in Form eines Kammermusikabends. Zum Vortrag gelangen das Clarinettenquintett von Mozart und das Septett op. 20 von L. v. Beethoven. Die Mitwirkenden sind sämtlich Mitglieder der Orchestervereinigung; es sind die Herren Lang (Violine 1), Köker (Violine 2), Belitz (Bratsche), Hausigk (Violincello), Schwarze (Kontrabaß), Lindenzweig (Clarinette), Günther (Fagott) und Klockmann II (Horn). — Beide Werke sind sicherlich in Merseburg noch nie gehört worden. Dies in Verbindung mit den bekannten guten Leistungen der Orchestervereinigung wird sicherlich zur Folge haben, daß der Kammermusikabend ein ausverkauftes Haus bringt. Es dürfte daher angebracht sein, sich rechtzeitig im „Herzog Christian“ mit Eintrittskarten zu versorgen.

*

Der Milchwagen verkehrt wieder!

Eine Botschaft von einem wirklichen Friedenszeichen kommt uns von amtlicher Stelle folgendermaßen:

Vom Montag, den 2. Mai 1921 ab verkehrt in den Straßen unserer Stadt versuchsweise wieder der Milchwagen der Molkerei Schafstädt. Allerdings bringt er noch nicht die von uns allen schmerzlich entbehrte Vollmilch, aber wenigstens eine frische, kochfähige Magermilch. Der Milchwagen wird die einzelnen Stadtviertel der Reihe nach abfahren und sich in den Straßen durch das übliche Klingelzeichen bemerkbar machen.

Die Ausgabe erfolgt an jedermann, solange der Vorrat reicht, auch an Gast- und Speisewirtschaften usw.

Wenn einzelne Stadtviertel an einem Tage nicht beliefert werden können, wird am nächsten Tage dort der Vertrieb zuerst aufgenommen und so fort, bis alle Straßen gleichmäßig beliefert sind. Der Höchstpreis für das Liter Magermilch beträgt 1,10 M.

*

Gegen eine Wiederkehr der alten Zustände auf dem Leunawerk wendet sich die Leitung des Ammoniakwerks Merseburg der Badischen Anilin- und Sodafabrik, indem sie einige Baufirmen darauf aufmerksam macht, daß die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern anerkannten Bedingungen schon wieder durchbrochen werden. Auf einzelnen Baustellen nehmen die Arbeiter wieder Rucksäcke mit und beenden die Arbeit schon um 4½ Uhr nachmittags. Auch hat eine Reihe von Firmen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 25 Jahren eingestellt. Die Direktion schreibt: Wir müssen auf strikte Innehaltung der Grundsätze bringen. Im Überschreitungsfalle werden wir in Zukunft unweigerlich gegen die Firmen mit Entziehung der Arbeit auf den Baustellen vorgehen.

*

Eine Bitte an die Merseburger Überlandbahn wird uns wie folgt geschrieben, die wir der Erfüllung dringend empfehlen: Der Direktion der Merseburger Überlandbahnen sei hiermit eine Bitte seitens der Bewohner der Barackenstadt sowie der Kolonie Neu-Rössen unterbreitet. Nach den neuen Bestimmungen der Werksleitung dürfen nur noch solche Personen das Werk passieren, welche im Besitze des neuen Polizeiausweises mit Photographie sind. Es ist somit auch einem Werksangehörigen, der für seine eigene Person diesen Ausweis besitzt, nicht gestattet, seine Frau zur oder von der Haltestelle Leuna aus durch das Werk zu bringen. In diesem Falle heißt es eben bis Merseburg fahren, und von dort aus zu Fuß oder mit der Elektrischen zu fahren. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung fährt des öfteren nach Halle und benützt zur Rückfahrt vielfach den Zug 9,01 Uhr ab Halle abends. Dieser Zug trifft um 9,21 Uhr in Merseburg ein. Um die gleiche Zeit fährt aber auch die Elektrische am Gotthardtsteich nach Dürrenberg ab. Wenn nun diese Abfahrt auf 9,30 Uhr verlegt werden könnte, so hätte man von der Bahn aus, schönen Anschluß, denn auf den nächsten Wagen zu warten, der erst 10,10 Uhr abfährt, ist etwas zu lange. Für den von Halle um 10,12 Uhr abgehenden Zug ist die letzte Elektrische 10,50 Uhr wieder günstiger. Vielleicht ist die Direktion so liebenswürdig und läßt diese kleine Änderung von 9,20 Uhr auf 9,30 Uhr zu, wofür man nur dankbar wäre.

Einer für Viele.

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

Die Woche vom 20. bis 26. April brachte in Deutschland wohl fast überall etwas Niederschläge, im Bereich und auf der Zugstraße einer am 23. April über Oberschlesien lagernden, nordwestlich fortschreitenden Depression ergiebigere Niederschläge; in Landeck betrug die Regenmenge am 23. April früh sogar über 48 Millimeter; als das Zentrum der Störung sich in jener Gegend befand. Der erste Wochentag brachte hier und dort noch Schnee, das Morgenmittel der Temperatur aus allen deutschen Stationen der Wetterkarte ergab + 4,9 Gr. C. Teilweise fanden Nachtfröste statt, die erst vollständig in den letzten Nächten der Woche verschwanden. Vom 23. April ab stellte sich im Norden bezw. Nordosten Europas ein an Kraft zunehmendes „Hoch“ ein, in dessen Nähe die dort ohnehin schon milde Temperatur weiter schnell stieg. Diese Wärme breitete sich schnell nach Deutschland hin aus, wo schon heute Dienstag nachmittag vielfach mehr als + 20 Gr. C. beobachtet wurden. Die mittelere Morgentemperatur der deuschen Stationen betrug heute + 12 Gr. C., also 1 Gr. C. mehr las am 20. April. Auf dem Brocken war die Witterung fast die ganze Woche noch recht winterlich, der Schnee lag wiederholt wieder 8 Zentimeter hoch und die Kälte stieg bis auf 5 Grad. Das erwähnte Hochdruckgebiet liegt heute mit seinem Zentrum über West-Finnland, das Barometer zeigt in jener Gegend einen Stand von etwa 783 Millimeter, es wird voraussichtlich ganz langsam nach dem Osten wandern und unter seinem Einfluß werden wir eine Anzahl heitere, sommerlich warme Tage zu verzeichnen haben, die sich etwa bis zum Sonnabend erstrecken werden. An diesem Tage zeigen sich in der Gegend westlich der Elbe schon Gewitterbildungen, während der Sonntag gewitterige Regenfälle und danach etwas Abkühlung bringen wird. Die Bewölkung wird an diesem Tage überwiegend eine starke sein und der Sonnenschein sich etwas rarer machen.

V. W. am 30. April (Sonnabend): Wolkig bis trüb, zeitweise aufheiternd, mäßige Regenfälle, etwas kühl. Am 1. Mai (Sonntag): Bald heiter, bald wolkig, Nacht kühl, Tag mäßig warm, Regenschauer, strichweise Gewitter.

*

Hausfrauenkalender.

Auf der Freibank: Am Sonnabend vormittags 8—11 Uhr allgemeiner Verkauf.

Zwieback für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahre. Ausgabestelle: Firma Mohr, Gotthardtstraße. Vorher Gutscheine im Rathause, 1 Treppe, Zimmer 12/13, abholen.

Ausgabe von Kondensmilch in allen Milchverkaufsstellen und Geschäften an jedermann markenfrei. Ungezuckerte die Büchse zu 8 M, gezuckerte die Büchse zu 10,50 M.

---

§ **Aus dem Landkreise Merseburg,** 29. April. Nach einer Verordnung des Landrats ist das Betreten der Feldmarken außerhalb der Wege während der Dunkelheit, das ist die Zeit von einer Stunde nach dem Sonnenuntergang bis zu einer Stunde vor Sonnenaufgang verboten. Die Zuwiderhandelnden werden bestraft und laufen noch Gefahr, von den mit dem Feldschutz beauftragten Polizeibeamten angeschossen zu werden.

§ **Schkopau,** 29. April. Die Ländliche Spar- und Darlehnskasse Schkopau und Umg., e. G. m. b. H. Schkopau hat folgendes beschlossen: Der Geschäftsanteil wird auf 50 M festgesetzt. Auf je 5000 M steuerlich veranlagtes Vermögen ist ein Geschäftsanteil zu erwerben. Die höchste Zahl der Anteile beträgt 200. Jedes Mitglied haftet für jeden Anteil bis zum Betrage von 500 M.

§ **Lauchstedt,** 29. April. Die Stadtverordnetenversammlung am 25. April beschloß, sich der Rentengutsgesellschaft der Provinz Sachsen anzuschließen, wodurch der Stadt manche Vorteile erwachsen. Die Anteile werden verzinst. — Um der Wohnungsnot zu steuern und gleichzeitig Notstandsarbeiten für die hiesigen Erwerbslosen zu schaffen, soll neben dem baufälligen Armenhause in der Schillerstraße ein Neubau aufgeführt werden. Zimmermeister Rath wurde ersucht, innerhalb 14 Tagen Zeichnungen und Voranschläge zu beschaffen. Mit der Ausführung — Lehmbau — soll dann sofort begonnen werden. — Ein Angebot zur Ausführung eines Familienwohnhauses für 6 Wohnungen seitens des Bautechnikers Reibestein wurde abgelehnt, da die zu beschaffenden Mittel zu hohe sind. — Die Bauprüfungsgebühren sollen in Zukunft verdoppelt werden, wie das anderweitig schon der Fall ist. — Das Angebot einer auswärtigen Theaterfirma — hier verschiedene Aufführungen unter Beteiligung der Stadt in die Wege zu leiten — wurde abgelehnt. — Die Kommunalbeamten der gefährdeten Gebiete sind vielfach in eine Notlage geraten, weshalb ein Fonds geschaffen werden soll für Unterstützungszwecke dieser Beamtenkategorie. Die Versammlung bewilligt 25 M. — Von jetzt ab sollen — nach einer Magistrats-Vorlage — Verwaltungsgebühren erhoben werden bei Ausstellung von Bescheinigungen, Beglaubigungen, Auszügen aus den Akten usw. Die Gebühren betragen 2 bis 5 M. — Nachdem die Polizeibeamten das Ausklingeln und Ausrufen in der Stadt nicht mehr ausführen wollen, wurde damit der Schuldiener Guderjahn beauftragt. Für jede Bekanntgabe durch Ausrufen sind 5 M zu zahlen. — Ein Antrag über Änderung des Ortsstatuts bezüglich des Ruhegehalts der Beamten wurde vertagt. — Die Erledigung weiterer Punkte der Tagesordnung erfolgte in geschlossener Sitzung.

§ **Benkendorf,** 29. April. Mit dem Transport deutscher Kriegsgefangener aus Sibirien, welcher diese Woche in Deutschland eintraf, kam endlich auch der Sohn des Major v. Zimmermann, Neukirchen (Enkel des Herrn Amtsrat v. Zimmermann, Benkendorf) nach fast 7-jähriger Gefangenschaft zurück. Auch der Sohn des Milchfahrers Herzau von Rittergut Neukirchen, welcher schon amtlich als tot erklärt und von Eltern und Geschwistern betrauert worden war, kehrte mit diesem Transport zurück.

§ **Schafstädt,** 29. April. Zu der Notiz betreffend Verhaftungen kommunistischer Führer in Schafstädt in Nummer 97 des „Merseburger Korrespondent“ wird uns mitgeteilt, daß es heißen muß: der Sohn des Stadtverordneten Strich (nicht Stroh) und der Stadtverordnete Patsch (nicht Pätsch). Die Richtigstellung der Namen wollen die Leser beachten.

§ **Schkeuditz,** 29. April. Die mit dem 1. April durch Eintritt des Hegemeisters Damm in den Ruhestand frei gewordene Verwaltungsstelle der Oberförsterei Schkeuditz ist bisher noch nicht besetzt worden, Ministerium und Regierung in Merseburg haben unter den Bewerbern eine Wahl noch nicht getroffen. Hilfsförster Wagner in Horburg verwaltet unter Beihilfe eines Assistenten zurzeit das hiesige staatliche Forstrevier. — Der sogenannte Leunazug verkehrt seit Montag wieder. Er verläßt früh 6 Uhr 8 Min. unsere Station, um in Halle den Anschluß nach Leuna zu erreichen. Abends 6 Uhr 16 Min. fährt er von Halle ab, um 6 Uhr 55 Min. hier einzutreffen.

*

Zweckloser örtlicher Siedlungstermin.

W. Pretzsch, 29. April. In der Siedlungssache Pretzsch war am Mittwoch vom Kulturamt Halle Termin angesetzt. Zu einer Einigung kam es nicht, da das Rittergut Wegwitz nur bereit war, Pachtland zur Verfügung zu stellen, was aber von den Antragstellern abgewiesen wurde. Einige Antragsteller verzichteten auf die Durchführung ihres Antrages, da sie der Ansicht waren, daß ihr Besitz dadurch Beschränkungen unterworfen sei. Die Beschränkungen haben aber keine praktische Bedeutung für die Landwirtschaft. Von seiten des Antragstellervertreters Parteisekretär Walther wurde darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen das Enteignungsverfahren im Falle Wegwitz und Tragarth durchgeführt werden muß. Regierungsrat Wenning erklärte, daß nach dem § 16 des Reichssiedlungsgesetzes die Möglichkeit der Enteignung gegeben sei. Die weiteren Verhandlungen werden nach Prüfung der Grundakten weitergeführt. Nach einer recht regen Aussprache zwischen dem Vertreter des Landlieferungsverbandes (v. Richter-Dehlitz a. S.) und dem Vertreter der Antragsteller wurde der Termin geschlossen. Die örtlichen Termine in der Siedlungsfrage erscheinen in der jetzigen Form recht zwecklos, da nur Zeit vergeudet, die Gemüter aufgeregt und nichts Positives erreicht wird. Die Schuld daran liegt nicht am Kulturamt, sondern lediglich auf Seiten des Großgrundbesitzes, der natürlich niemals bereit ist, im Vergleichswege den Siedlern entgegen zu kommen und dadurch seiner sonst so oft betonten vaterländischen und staatsbürgerlichen Pflicht nachzukommen.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Gatterstedt,** 29. April. Hier soll für die gefallenen Krieger ein Denkmal aus grauem Granitstein errichtet werden. Bewerber haben sich bis zum 1. Mai mit Zeichnungen und Preisangaben im Ortsrichteramt zu melden.

‡ **Querfurt,** 29. April. Der Regierungspräsident von Gersdorff weilte am Montag in unserer Stadt zu Besprechungen, die sich namentlich auf das Belegen des Kreises und der Stadt selbst mit Schutzpolizei erstreckten. Die Unterkunftsfrage spielte dabei eine große Rolle. Soviel muß natürlich für jeden, der die Putschverhältnisse mit ungetrübtem Blick beobachtet hat, klar sein, daß die Unterkunfts-, ebenso wie die Kostenfrage, wenn es sich um den dringenden Schutz von Staatsangehörigen handelt, nicht die allein ausschlaggebende Frage der Sicherheit gefährden darf. Notwendig ist, daß hierbei alle zu beteiligenden Faktoren, vor allem aber die Regierung selbst, nicht kleinlich denken, sondern sich in allseitigem Verständnis mit größtmöglicher Beschleunigung unterstützen. Daß eine starke Belegschaft mit Schutzpolizei zum Schutze von Stadt und Land im Kreise Querfurt auch wegen seiner wenig günstigen Bahnverbindungen in erhöhter und leicht zu begründender Weise nachdrücklichst zu fordern ist, zeigt schon ein Blick auf die Landkarte.

Turnen — Spiel — Sport.

≑ **Nordostthüringer Gau, Bezirk Merseburg.** Die angesetzte Sitzung des Gauturnrates mit dem Festausschuß für das Gau-Frauenturnen, die in Merseburg am 1. Mai abgehalten wird, beginnt schon um ½2 Uhr im Vereinshause des V. f. L. in der Krautstraße.

≑ **Der Kanu-Klub Merseburg** wird am Sonntag sein erstes Anpaddeln abhalten. Nachdem früh 10 Uhr eine Fahrt vom Bootshaus (Heuschkelsberg) stromauf bis Rössen stattgefunden hat, ist geplant, am nachmittag um 2½ Uhr wieder in die Boote zu steigen und um ¼4 Uhr eine Propagandafahrt an der Neumarktsbrücke zu veranstalten. Da an der Auffahrt außer dem bereits reichen Bootsmaterial des Kanu-Klub Merseburg noch viele Boote befreundeter Vereine teilnehmen werden, so wird diese Propagandafahrt einen sehr imposanten Eindruck machen. Jedenfalls seien Freunde und Gönner des Wassersportes besonders darauf hingewiesen.

Vermischte Nachrichten.

Haftentlassung gegen ½ Millionen Mark Kaution.

Der Geschäftsführer der Kleiderverwertungsgesellschaft Nowarra, der vor mehreren Wochen wegen angeblicher Veruntreuungen in Untersuchungshaft genommen worden war, ist gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 500 000 Mark aus der Haft entlassen worden. Die Untersuchung gegen ihn wird jedoch weitergeführt.

Schweres Segelunglück auf der Havel bei Wannsee.

Wie der „L.-A.“ meldet, ereignete sich Donnerstag abend gegen 6 Uhr bei Wannsee am Breiten Horn auf der Havel ein schweres Segelunglück, bei dem zwei Personen ertranken. Der Bootsbesitzer Wolf, der mit einem Herrn und einer Dame eine Segeltour unternommen hatte, wurde von einer schweren Gewitterböe überrascht. Das Boot kenterte, und alle drei Insassen stürzten in das wild bewegte Wasser. Dem herbeigeeilten Fährmeister Blankenburg, der bereits an 20 Personen das Leben gerettet hat, gelang es, den mit den Wellen kämpfenden Bootsbesitzer zu retten. Die beiden Mitgefahrenen waren bereits untergegangen und ertrunken.

Hitzewelle in Norwegen.

Kristiania, 29. April. Eine außerordentliche Hitzewelle geht über Nordeuropa. Gestern wurde in Kristiania eine Temperatur von 24 Grad Celsius gemessen, also nur ein Grad weniger als im Sommer. Die Stadtleute flüchten vielfach in die kühlen Berge hinaus.

Feuersbrunst in Kowno.

Kowno, 28. April. Gestern nachmittag brach in Kowno eine große Feuersbrunst aus, die etwa 30 Häuser gänzlich zerstörte. 300 Familien sind obdachlos. Der Sachschaden ist nicht bedeutend. Drei Menschen sind ums Leben gekommen.

Das Ende des Kognaks.

Es wird fortan keinen Kognak mehr geben, wenigstens keinen deutschen mehr. Wie nämlich die bekannte Rüdesheimer Weinbrennerei Asbach & Co. mitteilt, soll demnächst auf Grund des Artikels 275 des Versailler Vertrages der deutschen Weinbrennerei die weitere Benutzung des Wortes Kognak unmöglich gemacht werden. An seine Stelle wird die Bezeichnung Weinbrand treten.

Dieses Verbot des Wortes Kognak wird wohl ganz andere Wirkungen haben, als seine Urheber denken. Denn wenn so der deutsche Ursprung der Ware schon aus der Bezeichnung hervorgeht, ist es ja um so leichter, den Kauf der französischen Ware zu vermeiden und sich auf die deutschen Marken zu beschränken.

Briefkasten der Schriftleitung.

P. P., M. Das ist eine Angelegenheit der Fachorganisationen. Wie wir hören, wird in einer im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung befindlichen gesetzlichen Neuregelung der Sonntagsruhe-Bestimmungen auch die von Ihnen angeregte völlige Sonntagsruhe im Friseurgewerbe vorgesehen.

H. S., M. Veröffentlichung wird in der nächsten Zeit erfolgen.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0003

Elegante
Kostümröcke
mit Falten u. Knopfgarnitur prima Stoff
55.— Mark.
Händler hohen Rabatt.
Trabert, Kl. Ulrichstr. 5. Halle a. S.

Prima **reinen Kakao, Hafer-Kakao, Schokoladen-Pulver,** große Auswahl in **Tafel-Schokolade, Pralinen, Frucht- u. Malzbonbon,** täglich frisch gebrannten **Kaffee** empfiehlt
Martha Hoffmann
Reichardt's Schokoladengeschäft
Gotthardtstraße.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 6a.

PreisAbbau

Um auch der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu geben sich in dieser Zeit mit preiswerten Anzügen zu versorgen, haben wir uns entschlossen einen grossen Posten Herren-Anzüge im Preise bedeutend herabzusetzen.

Verkauf vom 30. April bis 7. Mai

Herren-Anzüge moderne Facon mit aufgesetzten Taschen . . . . **Serie I 395.–**
Herren-Anzüge Sport- u. Sacco-Form neue braune Farben . . **Serie II 495.–**
Herren-Anzüge neueste Stoffe u. Formen gute, haltbare Qualität. **Serie III 595.–**

Unsere Sonder-Abteilung für
Junge Herren bringt in grosser Auswahl Anzüge modern verarbeitet mit aufgesetzten Taschen und Rückengurt **320.–**

S. Weiss Merseburg, Kl. Ritterstrasse

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Pfingst-Gesellschaften
empfehle:
Rosetten
Festabzeichen
Tanzblumen
und Kontroller
Einheitsblocks
Kegel- und Schießpreise
Tombola
Girlanden
Plakate
Hans Käther
Kleine Ritterstr. 1, Ecke Entenplan,
Spezialgeschäft für Vereine.

Seltene Gelegenheit.
10 Herrenzimmer best. aus Bücherschrank, Dipl.-Schreibtisch und Säulentisch, Preis Mark 2300.—
Otto Schenk, Tischlermstr., Obere Burgstraße 5.

Infolge günstiger Abschlüsse:

Gar. reiner Leinölfirnis	Pfd. M.	6.—
(bestes Fabrikat)		
Terpentin, wasserhell	„ „	6.—
Bleiweiß, gar. rein in Öl	„ „	8.—
Ölweiß, Ia Qualität	„ „	6.—
Bernsteinfußbodenlackfarbe i. B.	„ „	10.—
Schelleim	„ „	2.—
Rügener Schlemmkreide	„ „	—.35

Streichfertige Farben werden sachgemäß billigst angerührt.
Fritz und Hermann Dietrich
Friedrichstraße 16/18 — Telephon Nr. 173

Für Puddings, Flammeris, Suppen, Tunken, Torten u.s.w. verwende man stets
Dr. Oetker's Gustin
Bestes, deutsches Fabrikat!
Volles deutsches Pfundgewicht!

Streng reell!!
Darlehn
in jeder Höhe gegen Möbelsicherheit usw. ohne Bürgen. Beschaffen Betriebskapitalien und Teilhaber, sowie Hypotheken und Baugelder. Näheres durch
J. Pieper,
Naumburgs., Jägerplatz 20 III

Eiserner Bettstelle verkauft Hälterstr. 19, r.

Sonder-Angebot
nur so lange Vorrat reicht.

Filz-Hüte moderne Form u. verschiedene Farben	Stck.	29.00
Haar-Hüte mod. Form u. Farb.	Stck.	49.00
Haar-Hüte mod. Form u. Farb.	Stck.	59.00
Einsatz-Hemden schöne Muster	Stck.	39.50
Ober-Hemden moderne Muster		88.00
Leinen-Unterhosen	Stck.	17.75

S. Weiß
Merseburg, Kl. Ritterstraße 6.

Optikermstr.
Fischer
MERSEBURG, Markt 24.
Fachmann für wissenschaftlich **richtige** Augengläser
Erstes optisches **Spezial**-Geschäft am Platze.

Elegante Herren-Anzüge
in den modernsten Farben und Fassons.
Cutaways und Gehrockanzüge
Ersatz für Maß.
Covercoats und Sportpaletots
in bester Verarbeitung.
Loden- u. Gummi-Regenmäntel
in größter Auswahl, zu bekannt billigen Preisen.
Berufs-Kleidung:
Blaue Monteur- und Schlosser-Anzüge,
Jacken für Kellner, Fleischer, Friseure, Maurer, Ia Qualitäten.
Eisenbahner-Jacken und -Hosen.
Manchester-, Stiefel- u. Breeches-Hosen.
Arbeitshosen in Zwirn, Pilot, Cord u. Drell.
Für den Sommer:
Waschanzüge u. -Hosen. Leinen u. Lodenjoppen.
Markt 19. Telephon 464. **H. Taitza** Neumarkt 18. Telephon 332.

Rotbuchen-Bohlen,
40—135 mm st., sowie
roth. Halbhölzer,
trockene Ware, für Stellmacher, hat preiswert abzugeben
Otto Kämpfer, Dampfsägewerk, Querfurt.

Riesenhaft billig. Angebot
Verkaufe auf dem Wochenmarkt und im Geschäft
prima hohen fetten ger. Speck Pfd. 12.00
prima hohes geräuch. Rauchfleisch Pfd. 12.00
prima Corned beef Pfd. 9.50
H. Gaudernack, Merseburg, Johannisstr 2.

Garant. rein. Schweineschmalz a Pfd. . . . . Mk. **11.–**
Ia Tafel-Margarine a Pfd. . . . . Mk. **8.– 10.–**
Feinste Eigelb-Margarine a Pfd. . . . . Mk. **13.–**
täglich frisch gestoch. Spargel empfiehlt
Emil Wolff, Roßmarkt.

Morgen auf dem **Wochenmarkt!**
Die letzten
pa. Kappel-Strohbücklinge.
ff. Salzheringe 5 Stück Mk. 2.–
Otto Fickert, Teichstr. 31.

Franz Wirth, Seifenfabrik,
Roßmarkt 1 Fernruf 211
empfiehlt — auch an Wiederverkäufer — zu niedrigsten Tagespreisen
Kernseifen u. Schmierseifen
eigener Herstellung, sowie alle Sorten
Feinseifen Seifenpulver
u. alle Waschartikel u. dergl.

Saat-Kartoffeln
anerkannte Up to date aus Mecklenburger Sandboden, sowie Restposten von Frühkartoffeln Sonnabend früh Güterbahnhof und Lager verkauft
Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7. Tel. 424.

Achtung! Achtung!
Bin morgen auf dem **Wochenmarkte** mit einer Fuhre
pa. Lebkuchen ein Paket **nur M. 1.50.**
Emil Fickert.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Schuhwaren
derber und eleganter Ausführung.
Herrenstiefel . . . von 125.– an
Damenstiefel . . . von 100.– an
Kinderstiefel . . . von 60.– an
Solide Preise!
Alle Sorten Halbschuhe, Spangenschuhe in braun u. schwarz, sow. Lackschuhe in mod. Formen.
Pa. Rindledersandalen in braun u. schwarz, Turnschuhe aller Art, sowie Leder-, Haus- u. Reiseschuhe.
Nur gute Qualität!
Friedr. Grahmann Wwe., Schuhwaren, Hälterstr. 20.

Fahre mit Geschirr morgen, Sonnabend, von Halle leer zurück.
Aufträge bitte heute abend Nutandtstr. 6 abgeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 99. — Freitag den 29. April 1921. — 47. Jahrg.

Schluß der außenpolitischen Aussprache im Reichstage.

Stimmungsbild.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf, dessen Annahme gleich in allen drei Lesungen die Erfüllung einer Zusage war, die die Reichsregierung der Reparationskommission über eine Verlängerung der Beschränkung der Goldausfuhr gemacht hat, um die Beschlagnahme der Goldmilliarde der Reichsbank abzuwenden. Dann begann der Volksparteiler Stresemann als erster Redner der Regierungsparteien. Auf der Linken ertönten alsbald boshafte Zwischenrufe, die durch solche von rechts wirksam ergänzt wurden, und das gab Stresemann den Anlaß, sich ganz allgemein über innenpolitische Dinge auszulassen. Merkwürdig mußte es gerade in seinem Munde berühren, daß er der Sozialdemokratie lehrhaft und tadelnd vorhielt, keine Partei habe das Recht, die Interessen des Ganzen hinter die eigenen Aussichten bei den nächsten Wahlen zurückzustellen, und noch erstaunlicher war der Nachdruck, mit der der Führer der Deutschen Volkspartei seine Partei dagegen in Schutz nahm, daß sie für ihre verantwortungsvolle Mitarbeit in der Regierung zum Gegenstand von Angriffen gemacht werde. Er machte auf den Schaden aufmerksam, der entsteht, wenn die außerhalb der Regierung stehenden Parteien die Größe und Schwere der Aufgabe der Regierung aus parteitaktischen Gründen verkennen. Auf den Bänken der Demokraten machte sich bei diesen Worten begreifliches Interesse bemerkbar, denn genau das ist ja den Volksparteilern so oft gesagt worden, als sie im Reich und in Preußen den Wahlkampf gegen die Demokratie genau in der Weise führten, die Stresemann so eindringlich verdammte. Es war ferner bemerkenswert, wie vorbehaltlos sich der volksparteiliche Redner für den Verständigungsgedanken einsetzte, und auch hier stellte man mit Befriedigung einen anscheinend recht weitgehenden Sinneswandel fest. Der Reichsaußenminister konnte nachher mit Recht erklären, daß Stresemann ihm die Widerlegung der gegen ihn in der Reparationsfrage erhobenen Einwände zum größten Teil vorweg genommen habe. Er nahm auch davon Abstand, sich etwa gegen den Anwurf der Würdelosigkeit ausdrücklich zu verteidigen. Im einzelnen bemühte sich der Minister, im letzten Augenblick dadurch beruhigend auf die öffentliche Meinung in Frankreich einzuwirken, daß er noch einmal von der Tribüne des Reichstags die riesigen Zahlen über die abgelieferten Waffen verlas, aus denen hervorgeht, daß der Wahn eines Revanchekrieges tatsächlich widersinnig ist; die absolute Waffenlosigkeit Deutschlands stellte er in schroffsten Gegensatz zu den polnischen Rüstungen, deren Gefährlichkeit er ebenfalls scharf beleuchtete. Nach dem Minister trug der Demokrat Graf Bernstorff der Lage durch eine taktvolle und erschöpfende Erklärung Rechnung. Es wäre besser gewesen, wenn alle Parteien sich derselben Zurückhaltung befleißigt hätten. Jenseits des Ozeans werden die Bemerkungen des ehemaligen Botschafters anderen Äußerungen gegenüber, die er mit der Zensur „parteitaktisch“ abtat, gewürdigt werden. Dann sprach noch Spahn für das Zentrum, Ledebour für die Unabhängigen. Verständigerweise verzichtete man auf eine zweite Rednergarnitur und so konnte man noch die anderen Punkte der Tagesordnung erledigen. Gegen ½6 Uhr vertagte sich das Haus.

*

Sitzungsbericht.

Berlin, 28. April 1921.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird vor der Fortsetzung der Beratung über die Außenpolitik die Vorlage in allen drei Lesungen angenommen, durch die das Verbot der Goldausfuhr bis zum 1. Oktober d. J. verlängert wird. In der

Fortsetzung der außenpolitischen Debatte

hat als erster Redner das Wort:

Abg. Stresemann (D.Vpt.). Er bedauert unter Zustimmung der Mitte die innerpolitische Einstellung, die leider auf der rechten und linken Seite sich immer wieder zeige, wenn es um Fragen des Weltgeschehens geht. Beim parlamentarischen Regime könne nicht das Parlament an sich regieren, aber der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten müßte besser und fortlaufend informiert werden. Wenn Frankreich von Deutschlands schwacher Regierung sprach, so könne es jetzt auch von Deutschlands schwachem Parlament sprechen, das in so kritischen Tagen nur Parteistreit zu treiben weiß. (Sehr wahr! rechts.) Die Rede des Abg. Müller-Franken war besonders parteipolitisch eingestellt. Die Form der Note an Amerika ist zu tadeln, aber an sich war es doch ein sehr glücklicher Gedanke, gerade den neuen Präsidenten Nordamerikas um seine Vermittelung anzurufen. Der Außenminister geht von einem falschen Gesichtspunkt aus, wenn er bei den Staatsmännern dasselbe Rechtsgefühl voraussetzt, das ihn selbst beseelt. Wenn auf internationalen Kongressen immer wieder die Kriegsschuldfrage in den Mittelpunkt gestellt wird, dann darf auch die deutsche Regierung zu den ungerechten Beschuldigungen Deutschlands nicht schweigen. (Beifall rechts.) Auf die schweren Angriffe von Lloyd George in London hätte der deutsche Vertreter antworten sollen. Die Leistungsfähigkeit eines Volkes kann nicht bloß vom nationalökonomischen, sondern muß vom psychologischen Gesichtspunkt aus beurteilt werden. Eine internationale Verständigung wird kommen, weil sie kommen muß. Nordamerika ist als Rohstoffland interessiert an der Kaufkraft seiner Abnehmer. Man sollte es begrüßen, wenn die Führer der weltwirtschaftlichen Konzerne die Wirtschaft der Länder zusammenführen. Dabei sollten die Staatsmänner mitwirken. Nur unsere wirtschaftliche Stärke kann Frankreich vor dem Zusammenbruch retten. Auch wenn der jetzige Schritt Erfolg haben sollte, wird jede deutsche Regierung noch große Schwierigkeiten durchzumachen haben.

Minister Simons

dankt dem Vorredner, dessen Ausführungen schon vieles seiner beabsichtigten Rede vorweggenommen hätten. Er habe in London nicht gegen das Schuldbekenntnis Protest erheben können, weil die Entente dieses Bekenntnis ja schriftlich in Händen habe und ein etwaiger rethorischer Erfolg habe die Gefahr schwerer Schädigungen für das deutsche Volk bedeutet. Er habe aber den deutschen Standpunkt zur Schuldfrage schriftlich fixiert. Es wäre das Bestreben der deutschen Regierung, die fremden Archive zu öffnen und dann die Schuldfrage unter neutraler Kontrolle feststellen zu lassen. Der Vorwurf, daß die Regierung zu wenig Vorfühler nach Amerika ausgestreckt habe, trifft nicht zu. Unser entsprechender Versuch ist gescheitert. Für die Behauptung, die Form unserer Note sei demütigend, ist mir kein Beweis erbracht worden. Wir sind bemüht gewesen, der Psyche der Gegenseite gerecht zu werden. Nun macht man uns das auch zum Vorwurf. Ein Wegwerfen der deutschen Ehre ist in dem Schiedsspruch nicht zu erblicken. Herr Helfferich hat mich als den Kämpfer für Gerechtigkeit bezeichnet, natürlich mit dem Hintergedanken, ich sei als Minister nicht brauchbar. Demgegenüber sage ich, daß ich zu lange Jurist bin, um für die Politik der alten Schule in Frage zu kommen. Ich stehe auf dem

Standpunkt unbedingten Gerechtigkeitsgefühls.

Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß wir doch noch zu Verhandlungen kommen werden. Freilich muß hier der Gerechtigkeitsgedanke mehr als bisher berücksichtigt werden. Wie die Franzosen bei den Reparationen rechnen, wird bewiesen dadurch, daß unsere Sachverständigen die Forderung von 179 Milliarden auf 132 Milliarden zurückschrauben konnten, und selbst das ist zweifellos noch zu viel. Andererseits ist doch die Forderung einer Entscheidungsfrist von 24 Stunden nicht geeignet, eine sachgemäße Verständigung zu erlangen. Über den Inhalt der Note wolle er nicht sprechen. Es macht aber den Eindruck, als ob sich der französische Außenminister der Wirkung der geplanten Sanktionen nicht mehr so sicher sei. Weder die Schweiz noch Italien noch die Tschecho-Slowakei wollen sich den Sanktionen anschließen, und was sonst verlautet, beruht auf Kombinationen. Daß Deutschland keine militärische Gefahr für Frankreich bedeutet, wird auch von England anerkannt. Redner gibt sodann eine Übersicht über

das Ergebnis der Waffenablieferung,

die grandioseste Leistung, die jemals ein Land geleistet. Wir besitzen nicht einmal 1000 Kanonen. Unsere Festungen sind ohne Geschütze. Aber ich habe noch nichts davon gehört, daß nun auch die andere Etappe der Weltabrüstung allmählich beginnt. Bisher hat nur Deutschland abgerüstet. Nur mit der bayerischen Einwohnerwehr hapert es noch. In der Frage der Luftschiffahrt verlangen wir ein Schiedsgericht. Gegenüber dem Versuch der Alliierten, uns Nichteinhaltung unserer Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage vorzuwerfen, muß festgestellt werden, daß wir unseren Pflichten ganz nachgekommen sind. Auch in der

Frage der Bestrafung der Kriegsschuldigen

stehen wir jetzt vor der Aufnahme der Verhandlungen. Gegenüber dem großen polnischen Heere von 600 000 Mann sind Besorgnisse im Osten wohl berechtigt. Die Aufregung der Grenzbevölkerung steigt, und es muß etwas geschehen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Die Vorwürfe reaktionärer Umtriebe sind nicht am Platze. Eine Erkundigung bei der Botschafterkonferenz hat gestern die Antwort gebracht, daß Polen bereits seit Januar abrüste. Das stimmt nicht zu unseren übrigen Informationen, denn neue Jahrgänge werden zu Übungen eingezogen, aber nicht wieder entlassen. Die Maßnahmen der deutschen Regierung sind darauf gerichtet, zu verhindern, daß die erregte Bevölkerung sich nicht zu Zwischenfällen hinreißen läßt. Die Verhandlungen mit Polen werden fortgesetzt. Namentlich auch große Wirtschaftsabkommen und die oberschlesische Frage bilden den Gegenstand der Verhandlungen. Mit der Teilung Oberschlesiens sind selbst viele Polen nicht einverstanden. Das Ostproblem ist aber so schwer, daß seine Lösung eine Schicksalsfrage für Europa ist. Die Untersuchungen über die Unruhen in Mitteldeutschland haben zweifellos ergeben, daß ein Zusammenhang zwischen der kommunistischen Partei Deutschlands und Rußland besteht. Für eine Beteiligung der Sowjetregierung indessen hat sich kein Beweis erbringen lassen. Es besteht somit kein Anlaß, den Plan weiterer Verhandlungen mit Rußland wegen Aufnahme von Handelsbeziehungen fallen zu lassen. Im übrigen vollzieht sich allmählich ein Wechsel in der Haltung der Sowjetregierung, die sich allmählich wieder den Forderungen der Weltwirtschaft anzupassen sucht. Auch inbezug auf den Wiederaufbau müssen wir in die Zukunft blicken, nicht nach rückwärts. (Beifall.)

Abg. Graf Bernstorff (Dem.): Die mit dem Friedensvertrag nicht zu vereinbarenden Sanktionen bedeuten die Erneuerung des Kriegszustandes. Es ist ein Grundsatz nicht nur meiner Partei, sondern auch der amerikanischen Regierung, daß vor dem Eintritt des Kriegszustandes ein Schiedsgericht angerufen werden soll. Darum war das Angebot der deutschen Regierung an Präsident Harding durchaus zu billigen. Amerika ist nur wirtschaftlich, nicht politisch an den europäischen Verhältnissen interessiert. Deshalb ist die Vermittelung dort in guter Hand. In dieser Zeit der schwierigsten Verhandlungen ist größte Zurückhaltung des Parlaments, nicht aber scharfe und rein negative Kritik am Platze. Deutschland hat jetzt endgültig die Legende zerstört, daß es zur Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht bereit sei.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.), der auf der Tribüne nur teilweise verständlich ist, schließt sich dem Abg. Graf Bernstorff in der günstigen Beurteilung der bei Amerika unternommenen Schritte an. Er wendet sich scharf gegen die angedrohten Sanktionen, die es Deutschland unmöglich machen würden, das einzige Mittel zur Wiedergutmachung anzuwenden, nämlich seine Arbeit.

Abg. Ledebour (US.) verlangt, daß vor allem die Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden. Die vom Abg. Stresemann gewünschte Verständigung zwischen Stinnes und Loucheur würde zur Ausplünderung der Arbeiterschaft führen. Als der Redner ausführt, Helfferich und seine Freunde hätten kein Recht, die Folgen ihrer Schuld der jetzigen Regierung vorzuwerfen, nähern sich die deutschnationalen Abgg. Laverenz und Berndt mit drohenden Zwischenrufen der Tribüne. Abg. Berndt deutet mit der bekannten Geste Verrücktheit des Redners an und ruft: Lügner. Präsident Dr. Bell rügt energisch das Benehmen der beiden deutschnationalen Abgeordneten. Abg. Ledebour verweist in seinen weiteren Ausführungen auf den Widerstand der Arbeiter in den Ententeländern gegen den Imperialismus ihrer Regierungen.

Damit schließt die Aussprache.

Darauf wird der Nachtragsetat für 1920 debattelos dem Hauptausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Anfragen, Interpellation wegen Verfolgung von Kriegsverbrechen, kleinere Vorlagen.

Die Lage im Reiche.

Eine Anklage gegen Simons und Fehrenbach?

München, 29. April. Der Kreisverein Schwaben der bayerischen Mittelpartei (D. Vpt.) verlangt in einem Antrag an die deutschnationale Reichstagsfraktion, daß gegen Dr. Simons und Fehrenbach Anklage vor dem Staatsgerichtshofe erhoben werde, weil sie ohne Befragung der Länder und des Reichstages dem amerikanischen Präsidenten das Schiedsrichteramt angeboten haben.

Droht eine Kabinettskrise?

München, 29. April. In der Hauptversammlung des oberbayerischen christlichen Bauernvereins sprach Dr. Heim zur Lage und führte dabei aus: Es sei ein trauriges Schicksal, daß Deutschland im Augenblick größter Erniedrigung und Schwächung an Stelle eines starken Willens die vielen Köche habe, den demokratischen Parlamentarismus. So könne es nicht mehr weitergehen. Der Regierung fehlt jedes Regiegefühl, wie die Indiskretion in der Angelegenheit der vatikanischen Vermittelung gezeigt hat. In Berlin herrscht völlige Hilflosigkeit, der Mangel an jeglichem Willen. In den nächsten Tagen wird ein Wechsel auf dem Posten des Reichskanzlers und des Außenministers, vielleicht noch in einigen anderen Ressorts, kommen. Ob etwas Besseres nachkommt, ist jedoch zweifelhaft.

*

Tarifschiedsspruch im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, haben die vorgestrigen Reichstarifrevisionsverhandlungen im Reichsministerium in später Nachtstunde folgenden Schiedsspruch gezeitigt:

Die Teuerungszulagen der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten werden um 1000 ℳ pro Jahr, die Haushaltungszulage um 400 ℳ erhöht. Die Kinderzulagen betragen bei Kindern bis zum 7. Lebensjahre 1000 ℳ, vom 7. bis zum 12. Lebensjahre 1200 ℳ, für ältere Kinder 1500 ℳ. Die Teuerungszulage der Büroburschen wird um 500 ℳ, diejenige der über 20 Jahre alten Lehrlinge um 600 ℳ erhöht. Außerdem wurde eine kleine Verbesserung in der Berechnung der Berufsjahre der weiblichen Angestellten zugestanden. Bis zum 14. Mai haben sich die Vertragsparteien (Reichsverband der Bankleitungen, Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten und D. B. V.) über die Annahme oder die Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden.

Verkehrsruhe am 1. Mai in Berlin!

Besprechungen zwischen Vertretern des Berliner Magistrats und den Angestellten und Arbeitern der Straßenbahn, der Omnibusgesellschaft und der Hoch- und Untergrundbahn haben das Ergebnis gehabt, daß der gesamte Verkehr in Berlin am 1. Mai ruhen wird und die Feiernden von der Bezahlung des Tages absehen wollen. Eine Änderung im Verkehr der Eisenbahn ist, wie die Blätter hören, nicht beabsichtigt.

Waffentransport aufgefangen.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ wurde am 27. April im Kreise Westprignitz zwischen Perleberg und dem Dorfe Ledge ein Waffentransport auf Veranlassung des Landrats des Kreises aufgefangen. Der Führer des Transportes, Dr. Heinke, der nach dem Blatt ein Führer der Deutschnationalen sein soll, wurde verhaftet.

Vor einem Angestelltenstreik in Berlin?

Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Berliner Einzelhandel in der Lohnfrage sind gestern abend gescheitert, so daß ein Streik unvermeidlich ist. Der Ausstand würde 30000 Angestellte umfassen.

Neue Lohnerhöhung für die Ruhrbergleute.

Essen, 29. April. Zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden wurde gestern ein Abkommen getroffen, das eine erhebliche Lohnerhöhung vorsieht. Voraussetzung für das Inkrafttreten des Abkommens ist jedoch, daß die Regierung auf die Einbehaltung des Lebensmittelbeitrags von 5 ℳ vom Kohlenpreis verzichtet, und die Kohlenförderung so gesteigert wird, daß unsere Wirtschaft die notwendigen Kohlen erhält. Tritt letzteres nicht ein, so soll über ein neues Überschichtenabkommen verhandelt werden.

*

Die Untersuchung gegen Minister Hermes.

Der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Anschuldigungen gegen den Minister Dr. Hermes beschloß, den früheren Ministerialdirektor Dr. Meydembauer und Dr. Lavalle als Zeugen darüber zu vernehmen, ob sie bei Anschaffung des ersten Automobils für 35 000 ℳ dem damals als Abteilungsleiter tätigen Minister Dr. Hermes Bedenken geäußert haben, daß die Anschaffung nach den Verordnungen über die Verwendung des Stickstoffausgleichsfonds nicht zulässig sei.

Ausnahmegesetze gegen die Freimaurer

fordert eine Eingabe, die gestern im Petitionsausschuß besprochen wurde. Der Demokrat Delius wies darauf hin, daß es geradezu unverantwortlich sei, eine solche Eingabe zu machen, die nicht von der geringsten Sachkenntnis getrübt sei. Da sie die schwersten Angriffe gegen die Freimaurer enthielt, wurde sie als ungeeignet zur Erörterung im Plenum bezeichnet.

Politische Uebersicht.

Noch keine Einigung im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 29. April. Nachdem die Besprechungen zwischen Bergwerksbesitzern, Bergarbeitern und Regierung gestern den ganzen Tag angedauert hatten und die Regierung die von ihr angebotenen Unterstützungsgelder von 7½ auf 10 Millionen erhöhte, lehnten die Bergarbeiter auch dieses Angebot ab.

Zweijährige Dienstzeit in Spanien.

Madrid, 29. April. Die Regierung hat in der Kammer eine Vorlage über die Einführung der Militärdienstpflicht bei zweijähriger Dienstzeit eingebracht.

Abbruch der italienisch-slawischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Wien, 28. April. (Priv.-Telegr.) Wie aus Belgrad gemeldet wird, sind die dort von Vertretern der italienischen und jugoslavischen Regierung geführten Handelsvertragsverhandlungen abgebrochen worden.

Provinz und Nachbarländer.

† **Vienenburg,** 28. April. Auf dem hiesigen Kaliwerk geriet gestern ein Arbeiter, als er allein beschäftigt war, in das Getriebe einer Mühle und wurde bei lebendigem Leibe in Stücke gerissen. Nur nach großen Mühen gelang es, seinen Körper, der nur noch eine unförmige Fleischmasse war, zu bergen. Der Kopf war unverletzt geblieben.

*

Große Waldbrände bei Brandenburg und Dessau.

Brandenburg a. d. Havel, 29. April. (Privattelegramm.) In der Pritzerber Heide wütet ein großer Waldbrand, der bisher 12 000 Morgen Waldbestände vernichtete.

Wie die Blätter aus Dessau melden, steht in der Möhlauer Heide seit gestern mittag der große Waldbestand in Flammen. Das Feuer greift infolge des starken Ostwindes immer weiter um sich. Die Dessauer Ordnungspolizei und Reichswehrtruppen versuchen den Brand zu löschen. Der bereits angerichtete Schaden beträgt viele Millionen Mark.

*

Kleine Rundschau.

In Lindau wurden bei einem Schnittwarenhändler für 40 000 ℳ Schnittwaren gestohlen, während man in einem Gute daneben Doppelhochzeit feierte. — In Seebergen wurde der Unterwachtmeister Schellhas beerdigt, der bei den Unruhen in Eisleben durch vergiftete Geschosse getroffen worden war. — In Meiningen entwischte der wegen Lebensmittelschiebungen angeklagte Kaufmann Sammet auf dem Wege vom Gefängnis ins Gerichtsgebäude seinem Transporteur. Er durchquerte die Werra, vor der sein Häscher haltmachte. — Im Botanischen Garten in Gera wurde eine Schildkröte mit zwei Jungen gestohlen. — Der Grenzaufseher Beesemann aus Kotzschbar ist im sächsischen Grenzdorf Schönberg vermutlich von Schmugglern erschossen worden. — In Dresden wurden mehrere Einbrecherbanden festgenommen, die in das Hauptzollamt gewaltsam eingedrungen waren und für 100 000 ℳ Steuerbanderolen mitgenommen hatten. Weiter wurde eine vierköpfige Bahnhofsdiebesbande festgenommen, die im Laufe der Zeit für 100 000 ℳ Waren von dem Güterboden gestohlen hatte. — Der anhaltische Landtagsabgeordnete Böttge aus Dessau wurde aus der VKPD. ausgeschlossen. — In der elterlichen Wohnung des Assistenten Putzmann in Sandersleben wurden 285 Pfund Zucker gefunden. P. war auf einem Gemeindebüro in der Nachbarschaft beschäftigt, hatte sich die zurückgebliebenen Zuckermarken angeeignet und in Hettstedt dafür Zucker gekauft. — In Aken erhielten bei den Stadtverordnetenwahlen die vereinigten bürgerlichen Parteien 15 Sitze, die Mehrheitssozialisten 7, die Kommunisten 2 Sitze. — In der Stadtforst Kellerberge bei Gardelegen wurden zwei Kisten mit Sprengmunition vorgefunden. — Aus der Wohnung eines Gutsbesitzers in Paditz wurden von einem angeblichen Beauftragten des Elektrizitätswerkes mehrere goldene und silberne Schmucksachen und Uhren gestohlen. — In Weimar wird seit einigen Tagen ein 41 Jahre alter Beamter vermißt, der infolge des Krieges sehr nerven- und herzleidend war. — In Ruhla ist erneut der Schulstreik ausgebrochen, weil die ihres Amtes enthobenen Lehrer Dr. Neubauer und Zimmermann ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten. — In Ruhla brach in einem Kino die Decke ein, als der Saal dicht besetzt war. Es wurden nur wenige Personen verletzt. — In Jena wurde das Burschenschaftsdenkmal am Eichplatz von einem betrunkenen Studenten beschädigt. — In Waltershausen wurden die beiden Töchterpensionate in der Nacht von Einbrechern heimgesucht.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht Merseburg.

Sitzung vom 28. April 1921. Das noch jugendliche Dienstmädchen Emma D. in Merseburg stand unter der Anklage, ihrem früheren Dienstherrn, Fabrikbesitzer Walckhoff zwei Steckkissen, einen weißen Unterrock und ein Tablett gestohlen zu haben. Ihre Strafe wurde auf eine Woche Gefängnis festgesetzt. — Die früheren Reichswehrsoldaten Paul H. in Königsbrück i. S. und Walter Sch. in Zaithain waren angeklagt, von dem im November 1920 in Merseburg auf dem Kasernenhofe aufgestellten Bagagewagen, den sie als Posten bewachen sollten, dem Militärfiskus gehörige Hosen gestohlen zu haben. Sch. wurde mangels Beweises freigesprochen, H. aber mit einer Woche Gefängnis bestraft. — Der Landwirtschaftsgehilfe Willi Z. in Kötzschen sollte im Jahre 1920 in Kötzschen unbefugt die Jagd ausgeübt haben und nach Ablauf der Ablieferungsfrist in unbefugtem Besitz einer Schußwaffe, eines Teschings, gewesen sein. Da keinerlei Beweise vorliegen, erfolgte Freisprechung. — Der Bergarbeiter Max P. und der Vorarbeiter Fritz P. in Möckerling waren angeklagt, am 7. Februar 1920 sich unbefugt in dem Wartezimmer des Dr. Voigt daselbst aufgehalten und sich nach Aufforderung des Dr. Voigt nicht daraus entfernt, und versucht zu haben, selbigen durch Bedrohung zur Ausstellung eines ärztlichen Attestes zu zwingen. Von der Anklage der Nötigung erfolgte Freispruch, wegen des Hausfriedensbruchs wurde jedoch ein jeder der An-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0005

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 32 | Freitag, den 29. April | 1921

26]

Gebührenordnung des städtischen Krankenhauses zu Merseburg

I.

Aufnahme.

Die Aufnahme der Kranken erfolgt nur gegen Einzahlung eines Kostenvorschusses für 2—4 Wochen oder Vorlegung eines gültigen Einweisescheines (Kostenübernahmescheines) einer Behörde, Krankenkasse, Berufsgenossenschaft usw.

II.

Verpflegungssätze.

Die Verpflegungssätze betragen für jeden Verpflegungstag

A. für Einwohner der Stadt Merseburg

in der Verpflegungsklasse	III ℳ	II ℳ	I ℳ
a) für Erwachsene	20.—	30.—	40.—
b) für Kinder unter 14 Jahren, sofern sie in Begleitung Erwachsener aufgenomm. werden	15.—	22.50	30.—
c) für in der Anstalt geborene Kinder, solange sie mit der Mutter zusammen verpflegt werden	6.—	9.—	12.—
d) für die hiesige Polizei- und Armenverwaltung werden in der III. Verpflegungsklasse für Erwachsene	15.—		
für Kinder unter 14 Jahren	10.—		
und für Säuglinge berechnet;	4.—		

B. für Auswärtige

wenn sie in die allgemeinen Krankenräume aufgenommen werden können:

in der Verpflegungsklasse	III ℳ	II ℳ	I ℳ
a) für Erwachsene	25.—	37.50	50.—
b) für Kinder unter 14 Jahren, sofern sie in Begleitung Erwachsener aufgenomm. werden	20.—	30.—	40.—
c) für in der Anstalt geborene Kinder, solange sie mit der Mutter zusammen verpflegt werden	9.—	12.—	15.—

Für Kinder ohne Begleitung Erwachsener ist überall in den Klassen I und II derselbe Satz wie für Erwachsene zu zahlen. Ein Unterschied zwischen Selbstzahlern und Krankenkassenkranken usw. findet nicht statt.

Von Krankenkassenmitgliedern wird ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz erhoben:
bei Kassen, die in Merseburg ihren Sitz haben, der Satz für Einheimische;
bei Kassen, die ihren Sitz außerhalb haben, der Satz für Auswärtige.

Aufnahme- und Entlassungstag werden in allen drei Klassen als je einen Tag berechnet.

III.

Sonderleistungen neben den vorstehend festgesetzten Verpflegungssätzen werden für alle Kranken berechnet:

1. Arzneien, Narkose und Verbandsmittel zu Selbstkosten.
2. Wein, Bier, Mineralwasser und andere Stärkungsmittel zu Selbstkosten.
3. Apparate und Bandagen, welche für den Kranken besonders beschafft werden müssen und in dessen Besitz bleiben (z. B. Bruchbänder, Brillen, Krücken, Stelzfüße, Schuhe mit Schienen usw.) zu Selbstkosten.
4. Nachtwachen, Einzelwachen 20 ℳ bezw. höhere Selbstkosten; gemeinsame Wache (Beitrag zur Stationswache 2 — 10 ℳ) je nach Beanspruchung.
5. Besondere Wartung, falls solche vom leitenden Arzt des Krankenhauses für notwendig erachtet oder vom Kranken verlangt wird.
6. Bei Entbindungen eine Sondergebühr für das Krankenhaus von mindestens 50 ℳ für Einheimische und mindestens 100 ℳ für Auswärtige.
7. Massage in der II. Klasse nur die Selbstzahler) 3 — 6 ℳ.
8. Behandlungen von Krätzekranken täglich 3 ℳ.
9. Blutuntersuchungen: die Selbstkosten.
10. Röntgen-Bestrahlungen, Durchleuchtungen und Aufnahmen: die unter VI festgesetzten Beträge.
11. Für medico-mechanische Behandlung: die unter VII festgesetzten Beträge.
12. Teil-Lichtbäder je 3—10 ℳ.
13. Reinigungsbad je 3—5 ℳ.
14. Medizinische Bäder 6—15 ℳ.

Die Höhe der zu erstattenden Kosten setzt jeweilig der leitende Arzt endgültig fest.

IV.

Krankenabholung.

Zur Abholung der Kranken mit dem Handkrankenwagen nach der Anstalt und Herleihen des Krankenwagens sind an Gebühren zu entrichten:
a) von hiesigen Kranken am Tage 20 ℳ, bei Nacht 25 ℳ;
b) von auswärtigen Kranken für Abholung vom hiesigen Bahnhof bei Tage 25 ℳ, bei Nacht 30 ℳ.

Als Nachtzeit gilt die Zeit von abends 8 Uhr bis morgens 7 Uhr.

V.

Arztgebühren.

Die leitenden Ärzte des Krankenhauses sind den Kranken der I. und II. Klasse gegenüber berechtigt, eine besondere angemessene Vergütung innerhalb der Grenzen der jeweiligen ärztlichen Gebührenordnung zu fordern, bei einheimischen Kranken mit einem Einkommen von nicht mehr als 15000 ℳ darf diese Vergütung die Hälfte der Sätze der Gebührenordnung nicht überschreiten. In der III. Verpflegungsklasse sind die leitenden Ärzte berechtigt, von bemittelten, selbstzahlenden Kranken eine angemessene Vergütung innerhalb der Grenzen der jeweiligen Gebührenordnung zu fordern, bei Einheimischen, jedoch nicht mehr als die Hälfte.

Für vorgeschriebene oder besonders verlangte Gutachten stehen den Ärzten die vereinbarten oder gebührenordnungsmäßigen Sätze zu.

VI.

Gebrauch des Röntgenapparates.

Für den Gebrauch des Röntgenapparates sind zu entrichten und zwar:
a) für Aufnahmen:

bei Plattengröße	9 mal 12 cm	= 15— 20 ℳ
„ „	13 „ 18 „	= 20 – 30 ℳ
„ „	18 „ 24 „	= 30 – 40 ℳ
„ „	24 „ 30 „	= 40 – 50 ℳ
„ „	30 „ 40 „	= 60 – 80 ℳ
„ „	40 „ 50 „	= 80 – 100 ℳ

b) für Bestrahlungen 20 — 100 ℳ.
c) für Durchleuchtungen: je nach Umfang von allen Kranken 30 — 150 ℳ.

Die zu b und c anzusetzenden Beträge bestimmt in allen Fällen der leitende Arzt.

VII.

Benutzung der medico-mechanischen Apparate.

Es ist für jede Uebung zu entrichten 2 — 5 ℳ.
Die Höhe der Gebühr wird in jedem Falle vom leitenden Arzt bestimmt.

VIII.

Bestrahlung mittels Höhensonne.

Für Bestrahlungen mittels Höhensonne sind zu entrichten:
1. Von Kranken der II. Klasse, Angehörigen der Krankenkassen 8 ℳ; wenn zwei oder mehrere Personen gleichzeitig bestrahlt werden, für je 1 Bestrahlung und Person 4 ℳ;
2. von allen übrigen Personen für je 1 Bestrahlung 10 ℳ.

IX.

Abschluß besonderer Verträge über die Verpflegungssätze bleibt vorbehalten.

X.

Geltungsbeginn

Vorstehende Verpflegungskosten-Ordnung tritt am 1. Mai 1921 in Kraft. Die am 22. Februar 1920 erlassene Gebührenordnung und deren Nachträge werden aufgehoben.

Merseburg, den 19. April 1921.

IV. 189/21. **Der Magistrat.**

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. März 1921 wird in Abänderung meiner Verordnungen vom 24. März

(Fortsetzung siehe oben Spalte 3 dieser Seite.)

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

geklagten mit einer Woche Gefängnis bestraft. — Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Lederarbeiter Oskar Sch. aus Solingen stand unter der Anklage, im Februar/März 1921 in Merseburg einen Armeerevolver, 40 Patronen und einen Säbel mit Koppel, dem Militärfiskus gehörig, unterschlagen, sich in unbefugtem Besitz von Heeresgut und Schußwaffen befunden, sich ohne Befugnis als Kriminalwachtmeister ausgegeben und in Gastwirtschaften Feierabend geboten, sowie den Schaffner Willi Schollmeyer mit dem Revolver bedroht zu haben. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von 7 Wochen Gefängnis und Einziehung der Waffen. — Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen eine ihm zugestellte polizeiliche Strafverfügung hatte der Schreiber-Volontär Hans L. in Merseburg gestellt, der des groben Unfugs beschuldigt war, da er Hetzzettel beleidigenden Inhalts an den Geschäftshäusern der kleinen Ritterstraße angeklebt haben sollte. L., der beim Ankleben erwischt worden war, hatte dieserhalb eine Strafverfügung von 30 ℳ oder 3 Tage Gefängnis erhalten. Die Verhandlung ergab zweifelsfrei, daß trotz aller Ableugnungsversuche und unter Aufbietung sogen. Entlastungszeugen nur der sonst unscheinbare und harmlose L. als Täter in Frage kam. Der Verteidiger suchte die Ankleberei an den Häusern als im Parteiinteresse liegend — nette Partei, die zu solchen „Propagandamitteln" greifen muß — zu entschuldigen und bezeichnete die Tat mehr als einen Dummenjungenstreich und nicht groben Unfug, wie die Anklage lautete. Der Amtsanwalt hielt die Tat für klar erwiesen, verurteilte scharf den Unfug, wodurch den Geschäftsinhabern und Hausbesitzern lange Zeit viel Verdruß bereitet worden sei, und beantragte schließlich Erhöhung der Strafe in Anbetracht der öfteren Ausführung auf 100 ℳ oder 10 Tage Gefängnis. Die Entlastungszeugen versagten vollständig; sie machten nur Angaben, die für den Tatbestand absolut ohne Einfluß waren. Das Urteil des Gerichts lautete auf Bestätigung der Polizeistrafe in Höhe von 30 ℳ oder 8 Tage Gefängnis und Auferlegung der nicht unbeträchtlichen Kosten. In der Urteilsbegründung schloß sich der Vorsitzende den Ausführungen des Amtsanwalts an. Wie der Angeklagte noch großspurig kundgab, will er gegen das Urteil Berufung einlegen. — Der Direktor B. in Körbisdorf war beschuldigt, trotz Bekanntmachung des Amtsvorstehers zu Frankleben als Anlieger der Geisel die Räumung derselben nicht ausgeführt zu haben. Aus formalen Gründen erfolgte Freisprechung und Niederschlagung der verhängten Polizeistrafe. — Einspruch gegen ihnen zugestellte amtsrichterliche Strafbefehle hatten erhoben: 1. die Frau Lisbeth B. aus Merseburg, die beschuldigt war, gelegentlich des November-Jahrmarktes 1920 in Merseburg der Handelsfrau Winter aus Thale (Harz) einen Durchschlag und einen Schöpflöffel gestohlen zu haben; 2. der Arbeiter Paul S. aus Weißenfels, der im Oktober 1920 einen ihm von der Badischen Anilin- und Sodafabrik Leuna zur Benutzung auf der Arbeit übergebenen blauleinenen Anzug nicht zurückgegeben haben sollte; 3. der Arbeiter Johann O. aus Merseburg, der im Oktober 1920 widerrechtlich in das hiesige Armenhaus eingedrungen sein sollte. Im Falle zu 1 mußte die Verhandlung vertagt werden, da die Frau B. beim Termin krank wurde. Der Beschuldigte zu 2 wurde mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Im Falle zu 3 erfolgte Bestätigung der im Strafbefehl festgesetzten Strafe in Höhe von 50 ℳ ev. 5 Tage Gefängnis. — Der in Leipzig in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Bernhard H. aus Merseburg hatte am 22. Februar 1921 von dem Schuhmacher Pohle 50 ℳ zum Einwechseln übergeben erhalten, diesen Auftrag aber nicht ausgeführt, sondern den Betrag für sich verbraucht. Wegen Unterschlagung erhielt er unter Berücksichtigung seiner Vorstrafen eine Gefängnisstrafe von einem Monat, die auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurde.

*

Öffentliche oder private Tanzlustbarkeit?

Dem Gast- und Schankwirt Schlag aus der Gegend von Naumburg war zur Last gelegt worden, sich gegen die Polizeiverordnung, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage vom 28. April 1896 vergangen zu haben. Sch. hatte am 22. Mai v. J., d. h. am Pfingstsonnabend, geduldet, daß eine Gesellschaft, welche sich Musik mitgebracht hatte, in seinem Saale tanzte. Sch. behauptete, er sei nicht Veranstalter der Tanzlustbarkeit, da die Gesellschaft die Verantwortung für ihr Tun habe übernehmen müssen. Das Landgericht zu Naumburg verurteilte aber Sch. zu einer Geldstrafe und betonte, als Veranstalter sei jeder anzusehen, der in irgend einer Weise am Zustandekommen der Tanzlustbarkeit mitgewirkt habe; die Mitwirkung des Angeklagten sei darin zu finden, daß er der fraglichen Gesellschaft seinen Saal zur Verfügung gestellt habe; Sch. habe mithin eine private Lustbarkeit veranstaltet und sich nach der erwähnten Polizeiverordnung strafbar gemacht. Dieses Urteil griff Sch. mit der Revision beim Kammergericht an und berief sich auf eine Verordnung des Landrats zu Weißenfels vom 20. Dezember 1919, durch welche die alte Verordnung überholt worden sei; für ihn sei die neue Verordnung allein maßgebend, nach welcher die Wahl des Tages für die Abhaltung von Lustbarkeiten keiner Beschränkung unterworfen sei; nach der Verordnung des Oberpräsidenten vom 27. Oktober 1905 sei die Abhaltung von öffentlichen Tanzlustbarkeiten an jedem ersten Feiertage sowie an den Vorabenden des Weihnachts- und Pfingstfestes nicht gestattet; vorliegend handle es sich aber um eine geschlossene Gesellschaft, welche eine Privattanzlustbarkeit veranstaltet habe. Das Kammergericht hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem geltend gemacht wurde, die vom Vorderrichter angezogene Polizeiverordnung des Oberpräsidenten von 1896, welche die Abhaltung öffentlicher und privater Tanzlustbarkeiten am Pfingstsonnabend unter Strafe stellte, sei schon früher insoweit für ungültig erklärt worden, als sie Privattanzlustbarkeiten betreffe. Alsdann sei die Polizeiverordnung vom 27. Oktober 1905 ergangen, in welcher lediglich die öffentlichen Tanzlustbarkeiten am Pfingstsonnabend usw. untersagt werden. Diese Verordnung habe das Landgericht nicht berücksichtigt. Wenn der Vorderrichter feststelle, daß Sch. eine private Tanzlustbarkeit ohne Genehmigung im Sinne der Polizeiverordnung von 1896 veranstaltet habe, so sei es doch recht zweifelhaft, ob es sich dabei um eine private Lustbarkeit im Rechtssinne gehandelt habe. In der erneuten Verhandlung werde zu prüfen sein, ob eine öffentliche oder eine private Tanzlustbarkeit als vorliegend anzusehen sei. Die vom Landrat in Weißenfels aufgestellten Richtlinien können als Polizeiverordnung überhaupt nicht in Frage kommen; es handle sich lediglich um Anweisungen, wie die einzelnen Gemeindebehörden etwaige Anträge auf Erteilung einer Tanzerlaubnis behandeln sollen. (Nachdruck verboten.)

*

Die Weimarer Grabschänder abgeurteilt.

Von der Strafkammer in Weimar wurden der Klempner Max Adler und der Schlosser Sock, die in der Nacht zum 5. Juni 1920 in der Weimarer Fürstengruft die goldenen und silbernen Kränze von den Särgen der Großherzogin Sophie, Goethes und Schillers gestohlen hatten, zu drei und vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Preise für Bleifabrikate.** Die deutsche Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate in Köln teilt mit, daß sie, den Bewegungen auf dem Rohbleimarkt folgend, mit Wirkung vom 27. April den Verkaufsgrundpreis auf 640 ℳ für 100 Kg. bei Abnahme in beliebiger Menge festgesetzt hat.

= **Messe in Frankfurt.** Das Messeamt Frankfurt a. M. bittet uns darauf hinzuweisen, daß die nächste Messe (5. Frankfurter Internationale Messe) vom 25. September bis 1. Oktober 1921 stattfindet.

= **Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel in Frankfurt a. M.** Die Vorbereitungen für diese Ausstellung, die vom 21. bis 27. August d. J. stattfinden wird, sind, wie uns von der Ausstellungsleitung mitgeteilt wird, in vollem Gange. Das Interesse für die Ausstellung ist sehr lebhaft. Auskunft erteilt das Meßamt Frankfurt a. M.

= **Die Ermäßigung der Roheisenpreise.** Aus Essen wird gemeldet: Infolge der in den letzten Tagen für die verschiedenen Roheisensorten eingetretenen Preisermäßigungen ist nach Mitteilung des Roheisenverbandes auch die Herabsetzung für das Maxhildenhütter Gießerei-Roheisen, welches bisher zu 1300 Mark ab Werk verkauft wurde, notwendig geworden. Die Ermäßigung beträgt 50 ℳ, so daß der Preis sich jetzt auf 1250 ℳ ab Werk stellt.

= **Aus- und Einfuhrbewilligungen für den Verkehr mit dem besetzten Gebiet.** Die Handelskammer Düsseldorf macht darauf aufmerksam, daß Ein- und Ausfuhrbewilligungen im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland erst vom 10. Mai an für solche Waren, die deutschen Ein- und Ausfuhrverboten unterliegen, erforderlich sind. Das Kommissariat für die Bewilligungen befindet sich seit dem 20. April in Ems.

= **Auflösung der Drahtkonvention.** Die in Hagen abgehaltene Sitzung der Drahtkonvention hat zu einer Klärung der durch die Kündigung des Stahlwerks Hoesch geschaffenen Lage nicht geführt. Hoesch hält nach wie vor an der Kündigung fest, wodurch die Auflösung der Drahtkonvention zum 1. Juli Tatsache werden dürfte.

= **Der Absatz des Deutschen Kalisyndikats im Jahre 1920.** Dem Geschäftsbericht der Wintershall-Werke für das Jahr 1920 entnehmen wir, daß das Deutsche Kalisyndikat im Kalenderjahr 1920 insgesamt 9 236 435 Doppelzentner verkaufte, das sind 1 116 411 Doppelzentner mehr als im Vorjahre. Diese Absatzsteigerung ist im wesentlichen auf die in den ersten Monaten des Berichtsjahres ausgeführten Auslandslieferungen zurückzuführen. Durch die hierbei auf Grund unserer ungünstigen Valuta erzielten guten Marktpreise konnten die Verluste an den Inlandslieferungen ausgeglichen werden. Vom Gesamtabsatz blieben 6,9 Mill. Doppelzentner im Inland. Der Bericht spricht die Erwartung aus, daß die Erkenntnis der wirtschaftlichen Bedeutung eines großen, beide Teile befriedigenden deutsch-amerikanischen Abschlusses in Kalisalzen bald zur erneuten Aufnahme von Verhandlungen führen wird. Da bei den deutschen Erzeugern der Wille bestehe, den amerikanischen Abnehmern weitgehendst entgegenzukommen, so dürfte eine Verständigung nicht unmöglich sein.

Amtliche Bekanntmachungen.

(Fortsetzung.)

1921 — P. D. 218/21 — und vom 27. März 1921 — P. D. 235/21 — für das Gebiet der Provinz Sachsen angeordnet:

§ 1.

Das Verbot zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel sowie Umzügen wird für den 1. Mai in der Zeit von 5 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends aufgehoben.

§ 2.

Die Partei- bezw. sonstige Vereinsvorstände, Einberufer oder Leiter von Versammlungen und Umzügen sind für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und für die Vermeidung jeder Verkehrsstörung verantwortlich.

Desgleichen sind sie neben den Rednern verantwortlich, falls letztere in ihren Ansprachen zum Sturz der Republik und zum Widerstand gegen die Staatsgesetze und zum politischen Streik auffordern.

§ 3.

Die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte, der Polizeipräsident von Magdeburg, der Polizeidirektor von Halle und die Polizei-Verwaltung Erfurt sowie die Landräte werden ermächtigt, in Gemäßheit des § 1 dieser Verordnung unter den im § 2 enthaltenen Bedingungen bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge zu gestatten, sofern diese weder politische noch wirtschaftliche Zwecke verfolgen. In diesen Fällen behalte ich mir die Entscheidung vor.

§ 4.

Wer als Veranstalter oder Leiter einer Versammlung oder eines Umzuges nicht mit der gebotenen Sorgfalt die Beobachtung der im § 2 angeführten Anordnungen durchführt, ferner wer als Teilnehmer einer Versammlung oder eines Umzuges sich nicht den Anordnungen der Einberufer oder Leiter der Versammlung oder Umzuges fügt, wird, sofern nicht nach den geltenden Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mk. bestraft.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 21. April 1921.

Der Oberpräsident und Regierungskommissar.
gez. Hörsing.

Veröffentlicht:

Merseburg, den 29. April 1921. Tgb. Nr. P. I. 587/21.
Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Wegen der weiteren außerordentlichen Steigerung aller Krankenhaus-Bedürfnisse werden in den hiesigen Universitätskliniken folgende Kurkostensätze erhoben:

vom 1. Februar 1921 ab: von den Kranken III. Klasse täglich 20 ℳ,
vom 1. April 1921 ab: von den Kranken II. Klasse täglich 30 ℳ,
vom 1. April 1921 ab: von den Kranken I. Klasse täglich 45 ℳ.

Halle, den 22. März 1921.

Der Kurator der vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg.

Veröffentlicht!

Merseburg, den 23. April 1921. IV. 413/21.
Der Magistrat.

Betr.: Einreichung der Rechnungsbücher der Scheckabteilung der städtischen Sparkasse.

Die Rechnungsbücher über den Geschäftsverkehr mit der Scheckabteilung der städtischen Sparkasse sind zwecks Eintragung eines **Zwischenabschlusses** bis zum 30. April 1921 an der Scheckkasse einzureichen.

Merseburg, den 26. April 1921.

Tgb. Nr. X. 74/21. Die städtische Sparkasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0006

Eine fromme Lüge.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Aber Mama, der ist doch mindestens fünfundvierzig Jahre alt!"

„Ein Mann in den besten Jahren. Und er liebt dich und hat mir seine Absichten auf deine Hand deutlich zu verstehen gegeben."

Mit einer fast angstvoll abwehrenden Bewegung fragte Jutta:

„Mama, ist das wirklich dein Ernst?"

„Natürlich! Mit solchen Dingen scherzt man doch nicht. Ich denke, du hättest alle Ursache, dich zu freuen, daß dir eine solche Partie geboten wird", rügte Frau Gertrud streng.

„Um Gotteswillen, Mama, daran ist doch nicht zu denken! Ich liebe ihn nicht, werde ihn auch nie lieben. Wie könnte ich! Er könnte mein Vater sein!"

„Die Liebe kommt in der Ehe von selbst. Was ihr jungen Mädchen Liebe nennt, ist nichts als Schwärmerei. Du sagtest sehr richtig, arme Mädchen haben wenig Aussicht, sich zu verheiraten. Deshalb müssen sie schnell zugreifen, wenn sich ihnen eine Gelegenheit bietet. Willst du eine alte Jungfer werden? Du solltest dich glücklich schätzen, daß dich ein Mann wie Heilmann zur Frau begehrt. Als seine Frau wirst du Herrin der wundervollen Villa sein, und er wird dich auf Händen tragen. Mache dich also mit diesem Gedanken vertraut, mein Kind, und sei vernünftig. Wir sprechen darüber noch. Jetzt muß ich mich zurückziehen, ich habe zu tun."

Damit brach Frau Gertrud das Gespräch ab. Sie hielt es für besser, jetzt nicht weiter über diesen Punkt zu reden. Jutta mochte sich ruhig erst einmal überlegen, welche Vorteile ihr diese Verbindung bot. Dann würde sie schon vernünftig sein. Und Jutta? So sehr sie auch wünschte, immer in guten, sorglosen Verhältnissen zu leben, so unentbehrlich ihr Luxus und Behaglichkeit erschienen — wenn sie an den ziemlich beleibten Herrn Heilmann dachte, der ein Doppelkinn und kleine Schlitzaugen hatte und trotz des teuersten Schneiders und der modernsten Anzüge immer etwas gewöhnlich aussah — dann kam sie ein Grauen an. Und neben der Gestalt des Herrn Heilmann tauchte vor ihrem geistigen Auge die schlanke, vornehme Erscheinung des jungen Walrad auf, der ihr Zeichenunterricht geben sollte und dessen Augen sie immer so seltsam bezwingend anstrahlten.

Sie faßte wie voller Angst die Hand ihres Bruders.

„Heinz — mein Gott — wenn Mama damit Ernst machen wollte!"

Er hatte sie im stillen beobachtet.

„Du meinst, mit diesem Herrn Heilmann?" fragte er.

Sie nickte. Es schnürte ihr etwas die Kehle zusammen.

„Möchtest du ihn nicht heiraten, Jutta? Er ist doch Millionär, und du liebst den Luxus. Bedenke das!"

Heftig schüttelte sie den Kopf.

„Nein, nein! Ich will nicht — ich will nicht!"

Er armete auf und lächelte.

„Nun, dann brauchst du doch nur nein zu sagen."

Sie preßte die Hände zusammen.

„Du kennst Mama nicht! Wenn sie etwas durchsetzen will, dann läßt sie mir keine Ruhe, bis ich ganz mürbe und kraftlos bin und schließlich tue, was sie will, um nur Ruhe zu haben."

„Aber in solcher Lage darf man doch nur tun, was das eigene Herz vorschreibt."

Hilfeheischend sah sie ihn an.

„Ach Heinz — lieber Heinz — hilf du mir! Du bist klug und stark, und vor dir allein hat Mama Respekt. Du imponierst ihr wie kein anderer, das habe ich in dieser Zeit oft bemerkt. Hilf mir! Laß nicht zu, daß sie mich an Heilmann verheiratet! Mir graut vor diesem Menschen; er ist mir abscheulich, seit ich weiß, daß er mich heiraten will. Ich glaube, ich ginge lieber ins Wasser, als daß ich seine Frau würde."

Er zog sie fest an sich und strich ihr beruhigend über das Haar.

„Kleine, törichte Jutta, es wird dich niemand zwingen, etwas gegen dein innerstes Empfinden zu tun! Sei ganz ruhig. Wenn deine Mutter dich wirklich zwingen wollte — dann bin ich da, um dir zu helfen!"

*

Mütterliche Spekulationen.

Frau Helene Rosegg hatte Glück gehabt. Sie brauchte nicht lange nach einer passenden Wohnung zu suchen. Gleich die dritte Wohnung, die sie sich ansah, fand ihren ungeteilten Beifall, und sie mietete sie sofort. Diese Wohnung lag nicht weit von der Villa Frank in einer stillen Nebenstraße. Das Haus stand in einem großen Garten. Es gehörte der Witwe eines Professors, die gern eine Etage an zwei alleinstehende Damen abgab. Die übrigen Räume des freundlichen kleinen Hauses bewohnte sie selbst.

Die erste Etage mietete Frau Rosegg also. Sie bestand aus vier Zimmern, einer Küche und einer kleinen Diele. Klein waren all diese Räume, aber dafür war die Miete sehr billig.

Die Wohnung stand leer, und die Hausbesitzerin gestattete gern den sofortigen Einzug der Damen, obwohl sie die Miete erst vom 1. Juli an berechnete. So fuhr Frau Helene Rosegg befriedigt nach Hannover zurück, nachdem sie ihrem „lieben Neffen Heinz" ausführlich Bericht erstattet hatte.

In Hannover bewohnte Frau Rosegg mit ihrer Tochter eine ebenso kleine Wohnung, die aber um gut zweihundert Mark im Jahre teurer war. Und zweihundert Mark waren bei dem bescheidenen Einkommen der Damen viel Geld.

Frau Rosegg wurde von ihrer Tochter am Bahnhof erwartet.

Felizitas Rosegg war ihrer Mutter in jeder Beziehung unähnlich. Sie war eine schlanke, vornehme Erscheinung. Ihre jugendschöne Gestalt hatte anmutige Bewegungen. Das ovale Gesicht zeigte feine, edle Züge, und die wundervoll geschnittenen braunen Augen hatten einen eigenartigen Goldglanz, aber einen seltsam ernsten, fast traurigen Ausdruck. Auch um den schöngeschwungenen Mund lag ein Zug stiller Resignation. Das ließ sie auf den ersten Blick älter und reifer erscheinen, als es ihren zweiundzwanzig Jahren entsprochen hätte.

Ihre Kleidung war im Gegensatz zu der ihrer Mutter von einer schlichten, gediegenen Vornehmheit. Sie trug ein glattes, dunkelblaues Jackenkleid und eine weiße Batistbluse. Auf dem weichen, goldbraunen Haar saß ein einfaches Strohhütchen in der Farbe des Kleides. Trotz dieses schlichten Anzuges war sie eine Erscheinung, die man nicht übersehen konnte. Sie stach vorteilhaft gegen ihre Mutter ab.

Mutter und Tochter begrüßten sich wie zwei Menschen, die durch Gewohnheit und Verhältnisse aneinander gekettet sind und sich nicht viel zu sagen haben. Frau Helene war freilich stolz auf ihre schöne Tochter und suchte nun schon seit Jahren nach einer reichen Partie für sie. Um eine solche auszukundschaften war ihr keine Mühe zu groß, kein Weg zu weit. Felizitas ließ all die Versuche ihrer Mutter, sie günstig zu verheiraten, resigniert über sich ergehen, aber sie unterstützte ihre Mutter nie in diesem Bestreben, sondern verhielt sich in einer ablehnenden Passivität. Ihre Mutter pflegte von ihr zu behaupten, sie sei temperamentlos und langweilig. Wer aber in die goldbraunen Augen der jungen Dame schaute, aus denen reiches Geistesleben und warmes Empfinden sprachen, der konnte sie weder für langweilig noch für temperamentlos halten. Es leuchtete zuweilen eine tiefe Sehnsucht in diesen schönen Mädchenaugen auf, die ihre Mutter gar nicht hätte verstehen können, wie sie überhaupt nicht imstande war, ihre Tochter zu begreifen oder nur richtig zu bewerten.

Einige Tage, bevor Frau Helene diese Reise angetreten, hatte sie einen Brief mit ausländischen Marken erhalten. Solche Briefe erhielt sie oft. Um ihrem ziemlich inhaltslosen Leben einige Anregung zu geben, unterhielt Frau Helene eine ausgedehnte Korrespondenz. Von ihrem Aufenthalt in Spanien her, wo sie durch ihren Mann mit diesen Menschen aus aller Herren Länder Bekanntschaften geschlossen hatte, pflegte sie diese brieflichen Beziehungen.

Der besagte Brief mußte eine ganz besondere Nachricht für sie enthalten haben, denn sie war sehr nachdenklich geworden. Dann hatte sie zu ihrer Tochter gesagt:

„Weißt du, Felizitas, ich habe es mir in diesen Tagen gründlich durch den Kopf gehen lassen, es ist doch das Beste, wenn wir nach meiner Vaterstadt übersiedeln. Dort leben wir entschieden billiger als hier, und hier in Hannover sind ohnedies keine Aussichten zu einer passenden Partie für dich."

Felizitas hatte sie ruhig angesehen.

„Wie du willst, Mama."

„Ja — ich will, und zwar aus verschiedenen Gründen. Ich sagte dir doch vor längerer Zeit, daß mein Neffe Heinz Frank nach dem Tode seines Vaters Chef der Firma Frank & Söhne geworden ist. Er lebt also wieder in der Heimat, und durch ihn könnten wir dort mit den besten Kreisen in Berührung kommen."

Erstaunt hatte Felizitas ihre Mutter angesehen.

„Dann hast du also deine Ansichten geändert, Mama? Du sagtest mir doch, daß du gehört habest, die Firma Frank & Söhne habe große Schwierigkeiten, und es sei besser, wir versuchten gar nicht erst, uns diesem Vetter Frank zu nähern, da er über kurz oder lang doch vor dem Bankerott stehen würde."

Die Mutter war da ein klein wenig verlegen geworden.

„Das scheint, gottlob, nur alles leeres Gerede gewesen zu sein. So viel ich hörte, soll die Firma wieder gut dastehen. Du weißt, ich habe immer noch Beziehungen zu diesen Kreisen, von deinem Vater her. Wir können also getrost übersiedeln, und zwar recht bald. Vielleicht findet sich dort eine Partie für dich. Einmal wird doch endlich ein Mann Gnade vor deinen Augen finden, der zugleich eine gute Partie ist. Denn es ist höchste Zeit, daß du heiratest. Das kleine Vermögen, das ich außer meiner Rente besaß, ist ziemlich aufgebraucht, und die Rente selbst, das weißt du, reicht nicht weit und erlischt außerdem mit meinem Tode. Also wird es Zeit, daß du vernünftig wirst."

So hatte sie gesagt. Aber sie verriet ihrer Tochter vorläufig nicht, daß sie mit der Übersiedelung schon einen bestimmten Plan verfolgte.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung

Die Finanzkasse ist ab 2. Mai d. Js. nicht mehr an die Reichsbankstelle in Halle a. S. sondern an die Reichsbanknebenstelle in Merseburg angeschlossen.

Merseburg, den 27. April 1921.

Finanzamt.
Bröse.

Pfingst-Sonderverkauf
zu
bedeutend ermäßigten Preisen.

Prinzeßröcke 95.- 89.- 82.- 75.-
Weiße Unterröcke 58.— 52.— 48.— 40.—
Untertaillen 18.— 15.— 12.50 10.50
Bettbezüge mit 2 Kissen 165.- 135.- 125.- 90.- 85.-
Bettlaken lang und breit 90.- 78.- 72.- 65.- 48.- 42.-
Handtücher f. Stube u. Küche 18.- 15.- 14.- 12.- 10.- 8.50
Wischtücher rot-blau □ 9.50 8 — 7.50 6.50 5.—
Gardinenstoffe 21.- 18.- 15.- 12.- 9.50 7.50
Fensterspitze 9.50 8.50 7.50 5.— 3.75
Oberhemden 96.- 90.- 82.- 76.-
Einsatz-Hemden 65.- 56.- 52.- 48.- 36.-
Macco-Hemden 56.- 52.- 45.- 36.- 30.-
Damen-Hemden 52.- 48.- 45.- 39.- 36.- 32.- 29.- 25.- 21.- 19.50
Damen-Beinkleider 48.- 45.- 42.- 36.- 29.50
Damen-Strümpfe 25.- 18.- 12.- 9.50 6.50 4.75
voll-Voile in vielen Farben 29.50
Buttist gest. Hemden-Tuche 32.— 14.— 12.50 10.— 9.—
Inlett und Federn staunend billig.

Gelegenheitskaufhaus
Halle a. S., Schmeerstr. 5, 1 Treppe. Kein Laden.

Guterh., getr. Herren Anzug, mittl. Figur, neue Eisenbahner-Hose, echter Panamahut, Gr. 56 zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Guterhalt. Militär-Anzug und 1 Paar Damensalonstiefel, Gr. 37, zu verkaufen Johannistr. 17, 2 Tr.

Größeren Teppich zu kaufen gesucht. Angeb. unter 3981 an die Exp. d. Bl.

Kinderklappwagen mit Verdeck billig zu verkaufen Mühlberg 6.

1 neuer Kinderwag. billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Gebrauchter Puppenwagen zu kaufen gesucht. Angeb. u. 3982 an die Exp. d. Bl. erb.

Ein brauner, größerer Faltenleder-Koffer, fast neu, zu verkaufen. Krause, Werderscheuse.

1 wenig gebr. eis. Pumpe zu verkaufen. Stephan, Groß-Kayna.

1 gute Milchziege zu verkaufen Neumark, Kolonie 15.

11 Stück 4 Wochen alte Gänse zu verk. Wallendorf 22.

Junge gelbe Strassertaube zu verkaufen Karlstraße 21, 2 Tr.

Alte Kaninchen mit Jungen stehen zum Verkauf Benenien Nr. 10.

Verk. wegen Aufgabe der Zucht Ia. Rassekaninchen m. Stall Weißenfelser Str. 20/22.

Empfehle pa. Kalbfleisch und Bockfleisch C. Baumann, Fleischermstr. Gotthardtstr.

Empfehle prima Bockfleisch Sternberg, Lennoer Str.

Schuhwarenlager
Gotthardtstr. 32 Gotthardtstr. 32
Inh.: Willy Ehrentraut.
Großer Neueingang **brauner Artikel** in modernen Farben für Herren, Damen und Kinder, Ledersandalen in allen Größen, in schwarz und braun, sowie alle anderen Schuhwaren in großer Auswahl
zu alleräußerstsen Preisen.
Beachten Sie meine Schaufensterauslage.

Za. 40 Stück **Einweckgläser**, Größe 2 Liter, zu verkaufen. Paul Forstedt, Bahnhof.

Marmorkies (schwarz-weiß) frisch eingetroffen. **Eduard Klauß** Windberg 3.

Achtung! Ein- und Verkauf von getragenen Herren-, Damen- und Kindergarderoben, Wäsche rc. Gustav Lukas, Seitenbeutel 3, 2 Tr.

Franz Schneiders
Seifen-Spezial-Geschäft
Roßmarkt 2 :: Roßmarkt 2
Größtes Seifenlager am Platze
Empfehle zum heutigen Tagespreise:
Ia Kern-, Schmier- und Toilettenseifen, alle Sorten in großer Auswahl, erstkl. Seifenpulver sowie alle ins Waschfach schlag. Artikel.
Mache meine werte Kundschaft auf die neuen Preise ganz besonders aufmerksam.
Doppelriegel 250 Gramm schon von 2,60 Mk. an.

Die Hilfe
Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.
Begründer: Friedrich Naumann.
Herausgeber Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer.
In der Zersplitterung einseitiger Interessenrichtungen und parteipolitischer Strömungen sucht die „Hilfe" alle zukunftsgläubigen Deutschen zusammenzurufen, die an dem Bau eines neuen, auf nationale und soziale Grundlagen gestellten Volksstaates mithelfen wollen.
Probehefte kostenfrei. Vierteljahrespreis 10 Mk.
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Ich offeriere
Anzüge!
in wunderschönen Mustern, allermodernsten Schnitt und Machart, :-: wie sie nur der :-:
„geschickteste Maßschneider"
liefert!
nur Qualitätsware!!
Mk. 425, 575, 675, 780, 890, 950.
Ich bitte meine Schaufenster zu besichtigen und Vergleiche anzustellen.
Otto Knoll Nachf.
HALLE a. S., Leipziger Straße 36.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0007

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Geboren.

Karl Müller, Halle, ein Sohn; Gutsbesitzer Otto Keindorff, Uchtenhagen, eine Tochter.

Gestorben.

Halle: Frau Pauline Läßig, geb. Döhle, (74 J.); Frau Anna Meseberg, geb. Meinecke, (54 J.).

Weißenfels: Fr. Emilie Pippel, Reichardtswerben, (81 J.); Bruno Wittenbecher, (20 J.); Frau Alma Förster, geb. Wilhelm, (48 J.); Otto Lenkert (50 J.).

Querfurt: Korbmachermstr. August Knauth, (73 J.).

Für die vielen Beweise herzlich. Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir hiermit herzlichen Dank.

Merseburg, d. 29.4.21.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Franz Frauenheim.

Wiesenverpachtung!

Sonnabend, d. 30. April ds. Js. nachmittags 5 Uhr, findet in **„Bergers Gasthof"** in Schkopau die Verpachtung von za.

8 Morgen Wiese

in Schkopauer Flur gelegen, den A. Keck'schen Erben dort gehörig, geteilt oder im ganzen auf 1 Jahr öffentlich meistbietend statt.

Albert Franke,
beeidigter Auktionator.

Anständiger Herr mit eig. Bett sucht einfaches möbliertes **Zimmer.** Ang. u. **3987** an die Exp. d. Bl. erb.

Für den 15. Mai

1 freundl. möbl. Zimmer

gesucht. Angebote erbeten beim Oberkellner, **Bahnhofswirtschaft.**

Möbl. Zimmer

von Kaufm. sofort gesucht. Ang. u. **3956** a. d. Exp. d. Bl.

Jung. anst. Mann s. p. sof.

möbliertes Zimmer oder bess. Schlafstelle.

Ang. u **3983** a. d. Exp. d. Bl.

Schlafraum
f. 15 Mann gesucht.

Betten 2c. vorhanden. Angebote mit Preis an C. Ganzlin, Parkettfabr., Magdeburg, erbeten.

Welche Witwe nimmt einen ält. alleinstehend., auch ordnungslieb. Herrn in Logis. Angeb. unter **3986** an die Exped. d. Bl.

Wohnungstausch!

Tausche meine Wohnung in Kassel, (3 Zimmer und Zubeh. ev. mehr) gegen ähnliche in Merseburg oder Umgegend. Angebote durch Werkmeister **Grupp**, Neu-**Rössen**, Merseburg. Str. 48.

Tausche meine Wohnung,

Stube, Kammer und Küche geg. solche in Leipzig od. Vorort. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Laden
oder Geschäftsraum,

passend für Friseurgeschäft, gesucht. Angeb. unter **3984** an die Exped. d. Bl.

Ein Schuppen,

Mitte der Stadt gelegen, gegen 1 Stück Land zu tauschen gesucht.

Mehlverkauf **Rischmühle.**

Salz-Schnittbohnen	Pfd. 60 Pf.
Salz-Weißkohl	Pfd. 50 Pf.
Salz-Möhren . .	Pfd. 30 Pf.
Hochfein. Sauerkohl	Pfd. 75 Pf.
Feinst. Tafel-Reis	Pfd. 3.00 M.
Graupen	Pfd. 2.50—3.50 M.
Linsen	Pfd. 4.75 M.
Weiße Bohnen	Pfd. 1.50 M.
Gelbe Erbsen . .	Pfd. 2.50 M.
Grüne Erbsen . .	Pfd. 2.75 M.
Pflaumenmus . .	Pfd. 5.00 M.
ff. Heringe . . .	Stck. 80 Pf.

Emil Wolff
Roßmarkt.

Sonntag, den 1. Mai 1921 (Rogate).

Gesammelt wird eine Kollekte für das Diakonissen-Mutterhaus „Cecilienstift" in Halberstadt.

Es predigen:

Dom. Vorm. 8 Uhr: Pastor Jentzsch.
Vorm. 10 Uhr: Diakonus Wuttke.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Bibelstunde Donnerstag fällt aus.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Riem.
Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl, in sonderheit für den ev. Mädchenbund St. Maximi.

Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag 8 Uhr: Familienabd. A. d. Geis. 5. Past. Werther
Die Neukonfirmierten sind hierzu herzl. eingeladen.
Freitag 8 Uhr: Bibelstde. A. d. Geisel 5. Past. Werther.

Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag abend 8 Uhr: Chor-Gesangs-Uebung A. d. Geisel 5. Lehrer Busch.
Mittwoch 8 Uhr: Versammlg. A. d. Geisel 5. Past. Riem.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Boit.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Dienstag 4 Uhr: Monatsversammlung der Frauenhilfe im Pfarrhause.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Evangelische Maiandacht Pastor Kratzenstein.
Texte am Eingang.
Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Mittwoch 8 Uhr: Leseabend Unter-Altenburg 38.

Landeskirchliche Gemeinschaft.

Bibelbesprechstunde jed. Mittw. 8 Uhr Karlstr. 4, H., 1 Tr.

Christliche Versammlung Blanckestraße 1.

Sonntag abends 8 Uhr: Bibelstunde.
Mittwoch abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Katholische Kirche. Sonnabend: 5 Uhr Beichte.
Sonntag: 6 Uhr Beichte.
7 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
½ 10 Uhr: Pfarramt mit Predigt.
2 Uhr: Christenlehre und Andacht.
An den Wochentagen früh ¼8 Uhr: Heilige Messe.

Volksbibliothek Knabenmittelschule Schulstr. 3

Geöffnet Sonntags von 11½—12½ Uhr.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 6¾ Uhr verschied nach 8tägigem Krankenlager meine heißgeliebte, unvergeßliche Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Helm
geb. Gödecke

im 40. Lebensjahre.

Leuna, den 28. April 1921.

Im tiefen Schmerz:

Der trauernde Gatte
nebst Kindern und Angehörigen.

Beerdigung findet Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr statt.

Patent-Anwalt K. Viertel
Diplom-Ingenieur
Tel. 3410 Halle a. S. Franckestr. 7
Gerichtlich vereidigter Sachverständiger.

Um allen Irrtümern vorzubeugen,

teilen wir hierdurch mit, daß wir in folgenden Orten unsern „Merseburger Korrespondent" durch eigenen Botendienst verbreiten lassen:

Atzendorf	**Milzau**
Bischdorf	**Möckerling**
Blösien	**Möritzsch**
Bündorf	**Mücheln**
Burgstaden	**Netzschkau**
Dörstewitz	**Neu-Biendorf**
Dürrenberg	**Neumark**
Eptingen	**Neu-Rössen**
Fährendorf	**Niederbeuna-Dorf**
Frankleben	**Niederbeuna-Kolonie**
Gaswerk Baracken	**Nieder-Kriegstedt**
Genza	**Oberbeuna**
Groß-Gräfendorf	**Ober-Kriegstedt**
Groß-Kayna	**Pretzsch**
Günthersdorf	**Raschwitz**
Holleben	**Reipisch**
Horburg	**Rössen**
Keuschberg	**Schadendorf**
Klein-Gräfendorf	**Schafstädt**
Klein-Kayna	**Schkopau**
Knapendorf	**Schladebach**
Kötschau	**Schotterey**
Kötzschen	**Spergau**
Kötzschlitz	**Strößen**
Krakau	**Tragarth**
Kriegsdorf	**Wallendorf**
Lauchstedt	**Wegwitz**
Lennewitz	**Zöbigker**
Leuna-Dorf	**Zorbau**
Leuna-Werke	**Zöschen**
Löpitz	**Zscherneddel**
Lössen	
Lützkendorf	

In alle übrigen Ortschaften des Kreises und weiter darüber hinaus bringt der **Postbote** unsere Zeitung in vielen Exemplaren.

Der
Merseburger Korrespondent

ist darum das Bindeglied zwischen Stadt und Land und infolge seiner hohen Auflage, die diejenige aller im Kreise Merseburg hergestellten Zeitungen zusammengenommen um ein Mehrfaches an Abonnentenzahl übertrifft, das Erfolg verheißende Reklamefeld des Kaufmanns.

Und von dem feinsten Stärkepuder **Sinin** hier ist ein wirklich guter!"

zu Saucen, Suppen, Aufläufen u.s.w. — zu Puddings, Flammerys u.s.w.

hergestellt aus ff. Stärkepuder — hergestellt aus ff. Stärkepuder

Sinin

Para-Likör Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel

Metall- u. Kautschuk-
Stempel
liefert **H. Heßler** Kirchstr. 7.

Deutsche Volkspartei.

Oeffentlicher Vortrag.

Montag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Tivoli"
spricht
der Schriftsteller Herr Arendt Denart
über
Versailles, London, Amerika und die deutsche Zukunft.

Großer Pfingst-Verkauf
zu enorm billigen Preisen

Mäntel aus Tuch, Covertcoat, Gabardine, in neuen eleganten Formen .... Mk. 195 350 495 750

Mäntel aus imprägnierter Seide, Taffet, Eolienne, in verschiedenen Farben und ganz besonders schönen Formen Mk. 375 475 695 995

Jackenkleider in einfacher und eleganter Ausführung, aus Gabardine, Kammgarn, englischen Stoffen Mk. 295 550 875 975

Mantelkleider in besonders schönen, modernen Formen, aus Gabardine, Seidentrikot, Kammgarn Mk. 195 295 425 750

Imprägn. Mäntel a. Covertcoat, Popeline, Gabardine, vorzügl. bewährte Qualitäten Mk. 175 350 475 575

Strickjacken u. Jumpers aus Seidentrikot, Wolle, Flausch, richtige Längen, neue Farben und elegante Formen Mk. 85 195 295 395

Kleider aus Seidentrikot, Schleierstoff, Wolle, Frotté, in ganz neuartigen Moden........ Mk. 89 150 250 475 bis 975

Dirndlkleider aus Wasch- u. Wollstoffen, in reiz. aparten Dessins u. Ausführungen Mk. 120 145 175 205

Blusen, aparte, neue Formen, aus Schleierstoff, Crêpe de Chine, Seide und Wolle... Mk. 39 55 75 150

Röcke aus Gabardine, Seide, Frotté, in plissierten u. glatten Formen u. allen mod. Farben Mk. 55 75 120 180

Ein Posten **Flauschmäntel** in hellen Streifen und Karos, reine Wolle Mk. **195**

Mädchen- und Knaben-Kleidung Reichhaltige Auswahl zu besonders vorteilhaften Preisen

Ein Posten **Wollkleider** in schönen Streifen und Karos Mk. **150**

Franz Ebert
Leipzig, Thomasgasse

Größtes Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kindergarderobe in Sachsen

---

Ndlsh.
[illegible]

C. Demme, Naumb. Str. 33.

Freiwillige Feuerwehr.

II. Pionier Kompagnie.

Montag, den 2. Mai abends 8 Uhr **Übung** am Gerätehause, Hallesche Straße.

Der Brandmeister.

Trebnitz

Sonnabend, den 30. April, von 6 Uhr an

Konzert u. Ball

Es ladet freundlichst ein A. Heyer.

Evang. Männer- u. Jugendverein

Sonntag abend 8 Uhr

„Familienabend"

An der Geisel 5. Die Neukonfirmierten sind hierzu herzlichst eingeladen.

S. P. D. Frankleben.

Zur Maifeier

im „Siebeck'schen Gasthof" ladet freundlichst ein. Von nachmittags 3 Uhr an **Ball**, sowie Preiskegeln und Preisschießen. **Der Vorstand.**

Zscherben.

Sonntag, den 1. Mai, von nachmittags 3 Uhr ab,

Saalweihe.

Es ladet freundlichst ein **A. Böhland.**

Achtung! Achtung!

Zöschen.
Gasthof „Blauer Stern".

Saalweihe am 5. Mai (Himmelfahrt.)

Vollständig neu renovierte Gast- u. Gesellschaftszimmer.

Angenehmer Aufenthalt.

Für Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Freie Schicksalsdeutung für alle.

Nachdem ich lange Jahre als Astrolog auf Reisen war und viele tausend Personen meinen Rat einholten, habe ich mich nunmehr in Berlin niedergelassen und entschlossen, für jeden **vollständig umsonst** eine Probedeutung für sein Leben auszuarbeiten.

Meine Arbeit wird Sie in Erstaunen versetzen, kommen doch täglich Anerkennungsschreiben, die dies bestätigen.

Schreiben Sie aber sofort, ich brauche Ihren vollen Namen, sowie Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt. Angabe, ob Frau, Fräulein oder Herr ist erwünscht. Geld verlange ich nicht. Sie können aber, wenn Sie wollen, 1.— Mk. für Porto und Papier mit beilegen. Nennen Sie auch diese Zeitung. **Franz Moritz,** Astrolog, **Berlin Nr. 19,** Schließfach 72.

Radfahrer-Verein Leuna

ladet zu seinem am **Sonntag, den 1. Mai 1921,** in Leuna stattfindenden

Tanzkränzchen

verbunden mit Reigenfahren ergebenst ein

Anfang 3 Uhr. **Der Vorstand.**

Spergau Gasthof Zur preußischen Krone.

Sonntag, den 1. Mai 1921,

Saalweihe.

Von nachmittags 3 Uhr an **Ball**

wozu freundlichst einladet **A. Winkler.**

Schillerfeier
im Goethetheater zu Lauchstedt
Sonntag, den 8. Mai. nachm. 4 Uhr.

Aufführung
der Dramatischen Arbeitsgemeinschaft Merseburg:

Der Parasit
oder: Die Kunst, sein Glück zu machen.

Ein Lustspiel in 5 Aufzügen.
Nach dem Französischen des Picard.

Theaterzettel, die zum Eintritt berechtigen, 3 Mark (einschl. Kartensteuer.)

Für die Mitglieder der Vereine der weiblichen Jugend Merseburgs und ihre Angehörigen werden die Eintrittskarten bis Sonntag, den 1. Mai zurückgelegt. Von Montag, den 2. Mai, an öffentlicher Verkauf im „Herzog Christian".

Die Leitung der Merseburger Bildungsabende.

Bündorf.

Verein d. Schaffner u. Anwärter d. Bf. Mersebg.

Sonntag, den 1. Mai,

// ab 2 Uhr: großes Preisschießen, //
ab 3 Uhr: Ball.

Freunde und Gönner des Vereins ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

J. B. im G. D. A.

Der Jugendbund im Gewerkschaftsbund der Angestellten ladet alle Jugendbündler zu dem am Sonntag, den 1. Mai stattfindenden

Ausflug nach Löpitz

ein. Treffpunkt vormittags 7 Uhr an der Waterloobrücke. Eltern, sowie Freunde und Gönner des Bundes willkommen.

Der Obmann.

Männer-Turn-Verein.

Morgen Sonnabend 8 Uhr **Beginn des Kegelns.**

—

Sonntag im Vereinslokal

/ Vereinsabend /

mit Damen. Dabei nochmalige Besprechung der Turnfahrt nach der Sächs. Schweiz (21.—23. Mai). Wer an der Fahrt teilnehmen will, wolle sich einfinden.

Turn-verein Rothstein.

Sonnabend, den 30. 4. abends 8 Uhr

Monats-Versammlung

im „Casino". Alle zur Stelle! **Der Vorstand.**

Für zeitentsprechenden

Wirtschaftsartikel
D. R. G. M.
wird für Merseburg der
Alleinvertrieb
an einen **strebsamen tüchtigen Herrn vergeben.**

Für Warenlager sind za. Mk. 5000.— Kapital erforderlich.

Gefl. Zuschrift. unt. **D. 2146** an **Heinr. Eisler, Hamburg 8.**

Handarbeitslehrerin.

An der Meuschauer Schule ist zum 1. Juli die Stelle der **Handarbeitslehrerin** neu **zu besetzen.** Meldungen mit begl. Zeugnisabschriften sind bis zum 15. Mai an den Schulvorstand z. H. des Unterzeichneten einzureichen.

Kratzenstein, Pfarrer,
Merseburg., U.-Altenburg 14.

Tüchtiges Mädchen

nicht unter 20 Jahren, kinderlieb und mit etwas Kochkenntnissen zum baldigen Antritt gesucht.

E. Trog, Burgstr. 21, 2 Tr.

Nicht zu junges Mädchen, als **Stütze in Landwirtschaft,** wenn möglich sofort gesucht. Zu melden v. 8 bis 8 Uhr Seffnerstr. 7, 1 Tr.

Junge Frau
sucht Aufwartung.
Ang. u. **3985** a. d. Exp. d. Bl.

Jung. Mädchen als Aufwartung

gesucht. Angebote unter **3988** an die Exp. d. Bl.

Unserm Lehrmeister dem Tischlermeister **Oskar Hädicke,** Sixtiberg, zum heutig. 50 jährig. Meister-Jubiläum **die herzlichste Gratulation.** J. A. Albert Sperling, Leutsch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0008
DFG

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeb. Einzelnummer 50 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 99 — Freitag den 29. April 1921 — 47. Jahrg.

Hochspannung.

Die Augen der Welt sind nach wie vor auf Washington gerichtet. Alles hängt davon ab, ob die Regierung Hardings unsere deutschen Gegenvorschläge, wenn vielleicht auch mit einigen Veränderungen, empfehlend an die Häupter der Entente weitergibt. Das französische Unannehmbar braucht zunächst nicht zu überraschen. Nichts wäre allerdings verhängnisvoller, als wenn man im deutschen Volke auch jetzt noch den ungeheuren Ernst der Lage verkennen wollte. Die Verständigungsmöglichkeiten hängen an einem dünnen Faden, der gerade auch durch die Reichstagsdebatten bis zum Übermaß belastet worden ist. Immerhin: Mit dem französischen Unannehmbar mußte gerechnet werden. Wer Briands Lage gegenüber dem Bloc national kennt, der wird auch wissen, daß eine Verständigung gar nicht anders möglich sein wird, als daß man schließlich den vereinten Druck der Alliierten auf Frankreich wirksam werden läßt, und daß sich dann Herr Briand in die Brust wirft und ein Nachgeben im Interesse der Erhaltung der Einigkeit mit den Verbündeten fordert. Dabei ist noch nicht einmal gesagt, daß Frankreich nicht unter allen Umständen zu verschärften Sanktionen schreitet. Es hat seine militärischen Vorbereitungen getroffen. Die Reparationskommission hat 132 Milliarden Goldmark als Wiedergutmachungsschuld auf Grund des Artikels 233 des Friedensvertrages festgestellt. Hier handelt es sich um einen Gegenwartswert, und die neue Summe soll offenbar in einen öffentlichen Gegensatz zu den von Deutschland angebotenen 50 Milliarden Goldmark treten. In dieses ganze System gehört auch die Hadas-Meldung, wonach der französische Ministerpräsident Briand den Washingtoner französischen Botschafter Jusserand angewiesen habe, dem Staatssekretär Hughes zu erklären, daß die Annahme der neuen deutschen Gegenvorschläge unmöglich sei. Inwieweit es sich hier um Theaterdonner handelt, müssen schon die nächsten Stunden lehren. Wir müssen uns nur über eins klar sein: entsteht bei Amerika, besonders aber bei England, auch nur der leiseste Verdacht, daß Deutschlands Wiedergutmachungswille bis zum äußersten nicht vorhanden ist, dann können die Verbündeten bei der Volksströmung in ihren Ländern nicht anders, als Frankreich gewähren zu lassen. Wie immer man auch die Chancen neuer Verhandlungen bewertet, an der letztmöglichen Leistungspflicht Deutschlands kommen wir nicht vorbei. Sie bleibt auch dann bestehen, wenn der Gegner durch neue Sanktionen wirtschaftliche Werte von unermeßlicher Höhe zerschlägt, die deutsche Volkswirtschaft lahmlegt und unsere Arbeitslosigkeit ins groteske steigert.

Inzwischen ist es von Wert, die Strömungen in England zu verfolgen. Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernoon, ist nach London gefahren, nachdem er vorher mit dem französischen Botschafter Laurent konferiert hat. Es ist sogar gemeldet worden, daß er vorher bei der deutschen Regierung nähere Erläuterungen eingeholt hat. Trifft diese Meldung zu, dann würde es sich um eine Art Rückfrage handeln, die beweisen würde, daß England nicht auf Briands Standpunkt der strikten Abweisung steht. Der Botschafter habe, so wird darüber noch berichtet, den Eindruck mit nach London genommen, daß die führenden deutschen Kreise geneigt sind, die deutschen Vorschläge erneut durchzuarbeiten, um eine Einigung mit den Alliierten zu ermöglichen. Die Situation verschärft sich aber andererseits wieder sehr zu Ungunsten von Deutschland, da auch Lloyd George am Donnerstag klipp und klar im englischen Unterhause die deutschen Gegenvorschläge offiziell für gänzlich unannehmbar erklärt hat. Beseitigt der englische Botschafter nicht noch in letzter Minute die Zweifel, dann allerdings muß Deutschland mit der entsetzlichen Situation rechnen, daß die Gegenvorschläge wieder nutzlos gewesen sind und das Inkrafttreten der Zwangssanktionen nicht aufzuhalten ist.

Die Reichstagsdebatte ist in den verhängnisvollen Fehler verfallen, die ganze Frage unter den Gesichtswinkel innerpolitischer Betrachtung zu stellen. Hier haben namentlich die sozialistischen Redner, aber auch Herr Helfferich gesündigt. Eine retrospektive Kritik kann jetzt lediglich schaden. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, kann man gewiß auch über die deutsche auswärtige Politik der letzten sechs Wochen allerlei sagen. Jetzt ist es in jedem Falle verkehrt. Die Meinung des Herrn Hermann Müller, daß der Außenminister bei der Absendung des Telegramms an Harding die Zustimmung der Parteiführer hätte einholen müssen, geht ebenso fehl, wie die Kritik nationalistischer Abgeordneter, daß dieses Telegramm der Gipfel nationaler Würdelosigkeit sei. Das parlamentarische System ist, wie die ganze Demokratie, von der Voraussetzung getragen, daß die Gleichberechtigung Persönlichkeiten erwachsen läßt. Demokratie und Führerproblem gehören zusammen. Bei der Beschaffenheit der Welt von heute ist es aber notwendig, daß solche Persönlichkeiten auch den Mut zur Verantwortung haben. Daß ihn Dr. Simons gehabt hat, soll man ihm nicht zum Vorwurf machen. Über die Form des Telegramms an Harding kann man gewiß verschiedener Meinung sein; aber die Anrufung eines Schiedsgerichts schließt die Zusicherung, daß man sich ihm unterwerfen wird, einfach in sich. Sonst hätte der ganze Rechtsgedanke seinen Sinn verloren. Aber es ist wirklich müßig, diese Betrachtungen jetzt im Parlament und damit vor aller Welt vorzunehmen.

*

Auch England lehnt endgültig ab!

Lloyd Georges Erklärung vor dem Unterhause.

Aus Paris wird gemeldet: Im Unterhaus gab Lloyd George folgende Erklärung ab:

Ich bedauere unendlich, sagen zu müssen, daß die deutschen Vorschläge keinesfalls befriedigen. Ich hätte gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, zu sagen, daß diese die Lage geändert hätten. Sie werden in diesem Augenblick mit anderen Vorschlägen von den Finanzsachverständigen aller Alliierten sehr genau geprüft. Infolgedessen

Immer noch ausstehende Entscheidung der Alliierten.

Auch heute noch keine Rückäußerung Amerikas.

Berlin, 29. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Über die Entwicklung der politischen Situation liegen an amtlicher Stelle keine neuen Nachrichten vor. Auch aus Washington ist immer noch keine Rückäußerung eingegangen. Im allgemeinen bezeichnet man die Lage als vollkommen eindeutig. Auch die englische Presse, die zunächst dem deutschen Angebot freundlich gegenüberstand, verhält sich jetzt nach der letzten Erklärung Lloyd Georges im englischen Unterhause völlig ablehnend. Unter diesem Eindruck ist auch die amerikanische Presse und Börse unsicher geworden. Trotzdem das deutsche Angebot derart elastisch und weitgehend in der Fassung gehalten war, um auf jeden Fall zu Verhandlungen zu kommen, wird es von der Gegenseite als für weitere Erörterungen ungeeignet bezeichnet. Das beweist, daß dort nicht der Wunsch, zu Verhandlungen zu kommen, vorherrschend ist, sondern der Wunsch, auf jeden Fall die Besetzung des Ruhrgebiets durchzuführen.

Noch keine Entscheidung über Verhandlung oder Ablehnung.

London, 29. April. (Priv.-Tel.) Da London weder von Washington noch von Berlin offiziell über die Vorschläge eine Mitteilung erhalten hat, erfolgt bisher keine offizielle Ablehnung. Der voreilige Schritt Frankreichs wird vielfach gemißbilligt. Die bisherigen Ausläufe D'Abernons sind anscheinend unbefriedigend, insbesondere bezüglich der Zeitdauer der Annuitäten. London erwarte eine wesentlich kürzere Dauer, weil man den deutschen Vorschlag sonst nicht als den Pariser Beschlüssen gleichwertig ansehe. Die offizielle Auffassung ist deshalb heute stark verschlechtert.

Stimmung für Verhandlungen in Amerika.

New York, 29. April. (Priv.-Tel.) Bernhard Baruch erklärt, die deutschen Vorschläge liefen auf Annullierung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus und seien deshalb zu verwerfen. Gerard und andere bekannte Persönlichkeiten traten für Verhandlungen ein.

Frankreich wünscht sich nicht von den Alliierten zu trennen.

Paris, 29. April. (Priv.-Tel.) In einer offiziellen Erklärung wird mitgeteilt, daß der französische Botschafter in Washington Jusserand der amerikanischen Regierung folgende Mitteilung gemacht hat: Da Frankreich keine offiziellen Mitteilungen über die deutschen Vorschläge von seiten Amerikas zugingen, sei dieses auch keinen Anlaß, sich offiziell darüber zu äußern. Übrigens bereite sich Frankreich vor, mit seinen Alliierten über die Frage zu beraten, und es wünsche in keiner Weise, sich von diesen zu trennen oder diesen irgendeine Haltung vorzuschreiben. Jusserand erklärte weiter, daß Deutschland offenbar die Beratungen von London zu beeinflussen und zu verhindern suche, daß die Alliierten zu einer Entscheidung kommen. Solange diese Periode des Feilschens nicht aufhöre und der Vertrag von Versailles nicht durchgeführt werde, habe Deutschland immer die Aussicht, sich zum größten Teil seinen finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Gleichzeitig hält sich die Regierung viel leichter an der Macht, weil sie keine endgültige Verantwortung zu übernehmen hat.

Lloyd George über die Irlandfrage.

London, 29. April. Im Unterhause kam es zu einer Debatte über Irland. Lloyd George führte u. a. aus: Wir haben durch das Home-Rule-Gesetz Irland im weitesten Maße Autonomie gegeben. Diese Autonomie wird nächste Woche in Kraft treten. Wenn irgend jemand in Irland etwas Besseres vorschlagen kann und wenn er tatsächlich die irische öffentliche Meinung vertritt, so wird die englische Regierung bereit sein, mit ihm zu verhandeln. Er kann jeden Vorschlag, den er für vernünftig hält, machen und wir verantworten es, diesen Vorschlag anzunehmen und nicht zurückzuweisen; immer im Hinblick darauf, daß wir für die Sicherheit Großbritanniens verantwortlich sind.

Fortdauer des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 29. April. (TU.) Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Vorschläge der Regierung abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen. Die meisten Delegierten haben London verlassen. Der Streit dauert an.

In England betrachtet man die Besetzung des Ruhrgebiets als bevorstehende Tatsache.

Berlin, 29. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Ansicht der politischen Kreise Englands war heute Nacht die, daß nur das Eintreffen eines wesentlich verbesserten deutschen Angebots die Situation retten könne. Die ergänzenden Ausführungen, die aus Berlin gekommen sind, genügten nicht. Es ist festzustellen, daß die gestrigen Äußerungen des Ministerpräsidenten Lloyd George im englischen Unterhause bereits in Kenntnis des Berichtes erfolgten, den der britische Botschafter in Berlin nach seinem Besuche bei dem Außenminister Dr. Simons erstattet hat. Die Äußerungen Lloyd Georges machen es klar, daß der Oberste Rat in seiner Beratung am 2. und 3. Mai gemäß den Besetzungs- und Ausbeutungsplänen für das Ruhrgebiet, die von den Ententesachverständigen aufgestellt worden sind, ein neues Vorgehen gegen Deutschland beschließen wird. Der Zeitpunkt der Durchführung wird lediglich von der militärischen Bereitschaft Frankreichs abhängen.

Paris, 29. April. (TU.) Aus London wird dem Petit Parisien gemeldet: Wir erfahren definitiv, daß der Plan der Besetzung des Ruhrgebiets, der der englischen Regierung unterbreitet worden ist, von dieser ohne Modifikation angenommen wird.

London, 29. April. (TU.) Im Unterhaus bedauerten verschiedene Abgeordnete, daß England gezwungen werden soll, an der Erweiterung der militärischen Besetzung in Deutschland teilzunehmen, ohne daß im Unterhaus darüber beraten würde. Lloyd George erwiderte, daß das Haus am 5. Mai bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Auswärtigen Gelegenheit haben werde, sein Urteil abzugeben. Er bezweifle, daß die Beschlüsse des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag vorliegen würden. Schließlich antwortete er auf eine Anfrage, daß es nicht sicher sei, ob Deutschland dann auch noch Gelegenheit zu einer Rückäußerung haben werde.

Die Alliierten wollen jährlich bis 2 Milliarden Goldmark aus dem Ruhrgebiet erpressen.

Paris, 29. April. Havas meldet aus London: Der belgische Minister des Äußern Jaspar hatte gestern mehrere Besprechungen mit Lloyd George, Loucheur, Theunis und Blackett setzten ihre Besprechungen fort. Bei diesen Beratungen hatten der Regent Havas zufolge sich die drei alliierten Vertreter mit allen finanziellen Problemen, die bei einer Besetzung des Ruhrgebietes in Frage kämen, befaßt. Die alliierten Vertreter hatten sich besonders mit dem eventuell zu erwartenden Ertrag bei einer Besetzung des Ruhrgebietes beschäftigt und seien zu dem Schluß gekommen, daß aus dem Ruhrgebiet eine Summe von 1½ bis 2 Milliarden Goldmark jährlich erwartet werden könne.

Der Mann ist da!

London, 29. April. Marschall Joffre ist gestern abend hier eingetroffen.

Wenn Frankreich marschiert — kann es England nicht hindern!

London, 29. April. Im Unterhaus wiederholte Chamberlain nochmals, daß am nächsten Donnerstag bei Beratung des Budgets des Auswärtigen die Frage einer neuen Aktion gegen Deutschland zur Erörterung kommen werde. Kennworthy sagte, während die Debatte erst am Donnerstag stattfinden solle, hätten die Franzosen bereits angekündigt, daß sie beabsichtigen, am Sonntag loszumarschieren. Churchill erwiderte, wenn die französische Regierung auf eigene Verantwortung hin vorgehen wollte, so würde dies durch eine Diskussion im Unterhause nicht verhindert werden.

Endlich Heimkehr ostpreußischer Verschleppter.

Berlin, 29. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Heute Nacht traf auf dem Anhalter Bahnhof von München kommend ein Zug mit 136 heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien ein. Unter ihnen befanden sich meist Leute, die seit sechs Jahren in russischer Kriegsgefangenenschaft waren und seinerzeit aus Ostpreußen verschleppt worden waren.

Grundlage für eine Erörterung bilde, als einen Todesstoß für die Hoffnungen, mit denen Deutschland seine letzte Karte ausgespielt habe. Es beweise von neuem, daß Deutschland sich bei der Beurteilung des amerikanischen Standpunktes geirrt habe. Man könnte verstehen, wenn Deutschland in seiner Enttäuschung erbittert und gedemütigt zu einer Politik der Verzweiflung übergeht. Es sei unwahrscheinlich, daß Deutschland eine so selbstmörderische Torheit begehen werde. Die Alliierten müßten jedoch vorbereitet sein, wenn sich dieser Fall unglücklicherweise ereignete. Das Blatt tritt dafür ein, daß die Alliierten Amerika bei der Ergreifung neuer Maßnahmen zur Erzwingung der Reparationen ebenso und in demselben Geiste behandelten, wie die Vereinigten Staaten die Alliierten behandelt hätten. Da Amerika die Vertreter der Alliierten um Rat gefragt habe, bevor es zu irgendeinem Beschluß gekommen sei, so müßten die alliierten Regierungen auch den Vereinigten Staaten die vollsten Informationen geben und vielleicht Amerika sogar formell konsultieren.

Die Auffassung in Berliner diplomatischen Kreisen wenig günstig.

Wie unsere Berliner Redaktion mitzuteilen weiß, herrscht in Berlinder diplomatischen Kreisen die Auffassung vor, daß die Aussichten einer amerikanischen Vermittelung in der Reparationsfrage wenig günstig seien. Es werde als unzweifelhaft angenommen, daß Präsident Harding und die amerikanische Regierung den lebhaften Wunsch haben, zur Beilegung des Konflikts und zur Verhinderung der Gewaltmaßnahmen beizutragen. Es scheine auch ziemlich sicher, daß in Washington die deutschen Vorschläge für eine mögliche Verhandlungsgrundlage gehalten werden, obgleich man in einigen Punkten gern eine klarere und bestimmtere Fassung gewünscht hätte, was zu Rückfragen in Berlin Veranlassung gegeben haben dürfte. Dagegen werde bezweifelt, daß die amerikanische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210429-14/fragment/page=0009